

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 26. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Die Heimarbeit und ihre gesetzliche Regelung.

##### Die Entwicklungstendenzen.

Die einzig richtige Definition des Begriffs der Hausindustrie ist, sie als diejenige Betriebsform der kapitalistischen Unternehmung zu bezeichnen, bei welcher die Arbeiter in ihren eigenen Wohnungen und Werkstätten beschäftigt werden. Wir unterscheiden dabei zwei verschiedene Formen der hausindustriellen Organisation: die Heimarbeit im engeren Sinne, die sich überall dort vorfindet, wo der Hausindustrielle allein oder nur mit Hilfe seiner Familie bei sich zu Hause für den Unternehmer arbeitet, und die Werkstattarbeit, bei der die Privatwohnung in die Werkstatt sich verwandelt und der Hausindustrielle zum Zwischenmeister wird, der fremde Hilfskräfte anstellt und bei sich arbeiten läßt.

Die deutsche Berufs- und Gewerbebeziehung hat, fahend auf annähernd derselben Definition des Begriffs der Hausindustrie, 1882 und 1895 den Versuch unternommen, die hausindustriellen Betriebe und die in ihnen beschäftigten Arbeiter statistisch zu erfassen. Aber teils infolge einer völlig unzureichenden Zählungsmethode, — auf deren Details einzugehen hier nicht der Ort ist, — teils infolge des Umstandes, daß viele Hausindustrielle sich gar nicht als solche betrachten und zahlreiche Unternehmer über die Zahl der für sie arbeitenden Heimarbeiter selbst im unklaren sind, blieben die Zählungsergebnisse erheblich hinter der Wirklichkeit zurück. Die Unzuverlässigkeit der Statistik geht auch daraus hervor, daß die Zahlen der Berufs- und der Gewerbebeziehung, ebenso wie die Angaben der Unternehmer auf der einen und der Hausindustriellen auf der anderen Seite zum Teil erheblich voneinander abweichen. Zu allem dem kommt, daß zwischen der letzten Zählung und der gegenwärtigen ein Zeitraum von neun Jahren liegt, in dem sich, nach übereinstimmenden Aussagen sowohl privater Forscher als der deutschen Gewerbe- und Aufsichtsbeamten, die Hausindustrie und vor allem die Heimarbeit stark entwickelt hat. Trotz all dieser Einschränkungen in Bezug auf die Mächtigkeit ihrer Ergebnisse ist es notwendig, sich auf die Berufs- und Gewerbebeziehung zu stützen, weil andere zuverlässige Zahlen nicht vorhanden sind. Die höchsten Ziffern weist die Gewerbestatistik nach den Angaben der Unternehmer auf; danach wären im Jahre 1895 400 711 Personen in der Hausindustrie beschäftigt gewesen, während 1882 nach 544 990 gezählt wurden. Die Abnahme beträgt danach rund 54 000, also nicht ganz 10 Proz.

Es wäre nun aber vollkommen verfehlt, angesichts dieser Abnahme ein allmähliches Zurückgehen der Hausindustrie überhaupt konstatieren zu wollen, und den frommen Glauben aller Uneingeweihten zu teilen, daß es sich hier um eine absterbende Betriebsform handle, die man füglich sich selbst überlassen könne. Denn nicht nur, daß in dem Zeitraum von 13 Jahren zwischen der Zählung von 1882 und der von 1895 die Abnahme der Hausindustriellen ausschließlich auf Seiten der männlichen Arbeiter zu finden ist, die Zahl der Arbeiterinnen dagegen in derselben Zeit um acht Prozent zugenommen hat, wir finden auch bei näherer Betrachtung der mit Hausindustriellen besetzten Industriezweigen, daß die Abnahme sich keineswegs gleichmäßig auf alle verteilt. Nur in solchen Industriezweigen, wo die technische Entwicklung so weit vorgeschritten ist, daß die Maschine den billigen Produktionsprozeß gewährleistet, befindet sich die Hausindustrie auf dem Aussterbe-Stad. Das gilt vor allem für die Textilindustrie, wo die Zahl der hausindustriellen Betriebe um ca. 30 Proz., die der Hausindustriellen um 29 Proz. abgenommen hat. Charakteristisch Weise zeigt sich aber auch hier, daß der Rückgang sich wesentlich auf die Männerarbeit bezieht, die um 43 Proz. zurückging, während die Zahl der weiblichen Hausindustriellen in der Textilindustrie im allgemeinen um 8 Proz. abnahm, in einzelnen ihrer Gewerbezweige jedoch eine Zunahme zu konstatieren ist. Die Frauen nehmen in ihrem verzweifelten Kampf um die Existenz auch die verlassene dem Untergang geweihte Männerarbeit wieder auf und hemmen dadurch den technischen und sozialen Fortschritt. 181 234 weibliche Hausindustrielle standen 1895 117 929 männlichen gegenüber; eine Zahl, die sich noch weiter zu Gunsten der Frauenarbeit verschoben haben dürfte.

Eine allgemeine Verminderungstendenz nennenswerter Art haben neben der Textilindustrie nur die Klein-Eisenindustrie, die Handschuh-, Strawatten- und die Strohhutfabrikation aufzuweisen.

In allen andren Gewerbe-Arten läßt sich ein Wachstum der Hausindustrie konstatieren, das allen optimistischen Glauben an ihre natürliche Auffassung durch die Fabrik über den Haufen wirft. Die stärkste Vermehrungstendenz weisen auf: die Glasbläse-, die Verfertigung von Spiel- und Galanteriewaren aus Metall, Holz oder Leder, die Sticker- und Wäcker-, die Spigenverfertigung und Wehzeugfabrikation, die Tischlerei und Korbmacherei, die Schuhmacherei, die Wäcker-, vor allem aber die Tabakfabrikation, deren Betriebe sich um 8400, deren Arbeiterzahl sich um 7200, mit andren Worten um 64 resp. 86 Proz. vermehrten, und die Schneider-, die der Zahl der Betriebe nach um rund 18 000, der Zahl der Personen nach um rund 41 000 — 70 resp. 140 Proz. — zunahm. Was hier die Verteilung der Geschlechter betrifft, so weist die Herstellung von Spielwaren aller Art, die Cartonnagefabrikation, die Verfertigung von künstlichen Blumen und Federstimm, hauptsächlich aber die Tabakfabrikation die stärkste Zunahme der hausindustriellen Frauenarbeit auf: während 1882 nur 30 von 100 Hausindustriellen dem weiblichen Geschlecht angehörten, stieg ihre Zahl 1895 auf 45 von 100.

Die Ursachen dieses zum Teil rapiden Wachstums der Hausindustrie, eines Wachstums, das erst neuerdings von den deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten überall, besonders aber in der Konfektions-,

Spielwaren- und Tabakindustrie konstatiert wird, sind sehr verschieden Art. Zweifellos spielt die geringere technische Vervollkommenung des Maschinenwesens in bestimmten Gewerben, und die leichte Einführung kleiner Maschinen in die Heime der Arbeiter, wie z. B. der Näh- und Strumpfwirker-Maschinen aller Art, hierbei eine Rolle, aber sie ist keineswegs die ausschlaggebende. Was die Hausindustrie fördert und zu beängstigendem Umfang anschwellen läßt, ist die Profitgier des Unternehmertums.

Je mehr der gesetzliche Arbeiterschutz der Ausbeutung der Arbeitskraft seitens der Unternehmer Schranken setzt, und die Arbeiterversicherung Opfer und Unbequemlichkeiten ihnen auferlegt, je mehr die Arbeiterschaft durch gewerkschaftliche Organisation sich geistig auflärt und wirtschaftlich erstarkt, desto mehr wächst auch das Bedürfnis des Unternehmertums, all diesen Schädigungen ihres Geldbeutels aus dem Wege zu gehen und sich Einnahmequellen zu verschaffen, die nicht durch Dämme und Schleusen verperrt werden können. Sie finden sie in der Hausindustrie. Hier bieten sich die billigsten, geistig zurückgebliebensten, organisationsunfähigsten Arbeitskräfte an: die Frauen, die Greise, die Kinder. Während in der gesamten Industrie von 100 Erwerbstätigen nur 18 weiblichen Geschlechts sind, kommen auf 100 Hausindustrielle 45 Frauen, und während sich in der Industrie im allgemeinen unter 100 Erwerbstätigen 4 im Alter von 60—70 und 1 im Alter von 70 und mehr Jahren befinden, weist die Hausindustrie 8 resp. 4 für dieselben Altersklassen auf. Dabei bilden diese Scharen der Alten und der Frauen ein unerhöpftliches Reservoir allseitig Arbeitswilliger: Der enorme Frauenüberschuß in den Großstädten — den Hauptheerden der Hausindustrie, (in Berlin gehören von 1000 Einwohnern 35, in Breslau 31, in Barmen 40, in Elberfeld 72 und in Arefeld 97 der hausindustriellen Bevölkerung an), — die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter, die in immer schärferem Widerspruch zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse stehen, und die Mitorbeit von Frauen und Töchtern zur Notwendigkeit machen, die wachsende Untereinanderkeit der Einnahmen und der Bedürfnisse des bürgerlichen Mittelstandes, deren weibliche Glieder nur zu bereitwillig auf die schlechtesten Arbeitsbedingungen eingehen, um ihr Toiletten- oder Wirtschaftsgeld zu erhöhen, das alles sind Momente, die die Wünsche der Unternehmer verwirklichen helfen. Dazu kommt, daß die bedürftige ländliche Bevölkerung, besonders in abgelegenen Gebirgsgegenden, durch keine andere Erwerbstätigkeit als durch die hausindustrielle ihr Leben fristen kann.

Ebenso groß wie der Vorteil einer gefügigen, billigen Arbeiterschaft, wie die Hausindustrie sie bietet, ist aber auch für den Unternehmer der Vorteil der billigen Betriebsform: er spart an Miete, an Heizung, Beleuchtung und Aufsicht. Es kann nicht wundernehmen, daß die Hausindustrie sich entwickelt, es kann aber auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sie sich auch noch erheblich ausdehnen wird, und zwar gerade nach ihrer schlimmsten Seite hin, der der Heimarbeit, wenn die Gesetzgebung auch in Zukunft die Schwelle des Familienheims nicht weiter glaubt überschreiten zu dürfen, als sie es durch das Kinderschutzgesetz getan hat. Jedenfalls haben die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen, deren Spärlichkeit besonders zu den Ergebnissen der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik über die Lage der Konfektionsarbeiter in einem geradezu förmlichen Gegensatz steht, die Heimarbeit nur fördern helfen. Die Verordnung, die sich auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion bezieht, findet belamisch weder auf Familienbetriebe Anwendung, noch bis vor kurzem auf solche Werkstätten, in denen fremde Arbeiter nur „gelegentlich“ beschäftigt und Konfektionswaren nur „gelegentlich“ hergestellt werden, sie geht also nicht nur an den schlimmsten Stätten der Ausbeutung achlos vorüber, und giebt die bequemsten Handhaben zur Umgehung ihrer Bestimmungen, sie wirkt auch notwendigerweise, als wäre sie selbst der Träger des Krankheitsstoffs, auf die Ausbreitung der höchstschmerzhaften Form der Hausindustrie, die Heimarbeit. Dasselbe gilt für die Vorschriften über die Eigarren-Hausindustrie. Die neueste Abänderung der Verordnung für Konfektions-, Sämeider- und Putzmacherwerkstätten berührt den Hauptteil des Uebels, die Familienwerkstatt, ebenso wenig wie die früheren Bestimmungen. Man will dadurch den Glauben aufrecht erhalten, als wäre Haus und Familie ein kräutchen Nahrung-nicht-an, obwohl Not und Profittgier längst schon die Thüren einstüchen und das Heim des Proletariats zur ideo Schlafstube und dunsigen Werkstatt entweichten.

#### Ein russischer Sieg à la Potemkin.

Wie recht wir hatten, hinter das pompöse russische Sieges-Telegramm, das die Vernichtung von vier japanischen Panzern und zwei Torpedobooten bei einem erneuten japanischen Angriff auf Port Arthur meldete, ein dickes Fragezeichen zu setzen, bewiesen schon die in der Depeschenspalte gebrachten letzten Meldungen vom gestrigen Tage. Inzwischen bestätigt auch ein ausführliches Telegramm des Statthalters Alzejew, daß die Petersburger Siegesnachricht nichts als ein plumper Schwindel war. Das Telegramm Alzejews lautet:

„Am 24. Februar 2 1/2 Uhr früh machte der Feind einen neuen Versuch, das Panzerschiff „Retwisan“ mit mehreren Torpedobooten anzugreifen und in der Hafeneinfahrt große mit Explosivstoffen gefüllte Dampfer zu versenken. Der „Retwisan“ bemerkte die Torpedobooten alsbald und eröffnete ein heftiges Feuer auf sie, dabei unterstützt von den Hafenscheinwerfern. Zwei der japanischen Dampfer, die direkt auf den „Retwisan“ losfuhren, wurden zerstört; der eine derselben fuhr auf Klippen an Leuchturm und der andre scheiterte bei dem Berge Jolctoi. Das Feuer gegen die Torpedobooten wurde fortgesetzt. Bei Tagesanbruch

bemerkte man auf der See vier zerstörte Dampfer und acht Torpedobooten, die zu den Schiffen, die sie auf der hohen See erwarteten, flohen. Die Mannschaften waren dabei, sich auf Booten zu retten. Ein Teil der ertrunkenen Mannschaften ist vielleicht von den feindlichen Torpedobooten aufgesammelt worden. Ich lasse die Rippen abfuchen. Die Hafeneinfahrt ist frei. Ich schreibe die völlige Vereitelung des feindlichen Planes dem brillanten Widerstand und dem vernichtenden Feuer des „Retwisan“ zu. Ein japanischer Dampfer brant noch. Auf der See sieht man noch schwimmende Torpedos. Der Feind zieht in zwei Abteilungen ab. Ich lasse drei Kreuzer, die zur Verfolgung des Feindes ausgesandt waren, zurückkommen, um gnnächst die auf der See schwimmenden Torpedos zu beseitigen. Unsterblich keine Verluste.“

Es ist also kein einziges japanisches Kriegsschiff in den Grund gehöhrt worden, nicht einmal ein Torpedoboot, geschweige ein Panzer. Die in den Grund geschossenen Schiffe waren sog. Brander, alte austrangierte Transportfahrzeuge, vielleicht auch kürzlich erbeutete russische Handelsfahrzeuge, die zur Vernichtung bestimmt waren, um als Brack die schmale Hafeneinfahrt zu sperren. Offenbar haben die Japaner das Brauoufschiff des amerikanischen Leutenants Hobson nachahmen wollen, der im spanisch-amerikanischen Kriege den alten „Merimac“ am Eingang des Hafens San Jago de Cuba versenkte. Nach der russischen Darstellung ist der verwegene Versuch der Japaner nicht geglückt. Daraus aber einen russischen Sieg zu machen ist ungeheuer lächerlich. Geradezu grotesk war es daher, der Welt zu verkünden, daß der „Retwisan“, dessen Feuer die japanischen Brander zum Sinken brachte, sich mit besonderem Ruhm bedeckt habe. Es gehört wirklich eine noch nicht dagewesene Bescheidenheit dazu, es als eine Heldenthat zu feiern, wenn ein modernes Linienschiff mit seinen Riesengeschützen ein paar alte völlig wehrlose Kanfahrtschiffe in den Grund schießt. In Wirklichkeit handelte es sich gar nicht um einen antikeristischen Kampf, da ja auch die die Brander beschießenden Torpedobooten nur Maschinengewehre oder Schnellfeuergeschütze zum größten Kaliber führten, die sie gegen gepanzerte Fahrzeuge natürlich nicht verwenden konnten. Die japanischen Panzer aber besanden sich während des Angriffs auf hoher See, konnten also an dem Gefecht gar nicht teilnehmen. Der Jubel, der nach Zeitungs-meldungen wegen des „Sieges“ in Petersburg herrscht, ist also völlig verfehlt.

Ueber den Angriff liegt folgende Petersburger Mel-dung vor:

Die heutige Meldung des Statthalters Alzejew bestätigt und ergänzt berichtet der Korrespondent der russischen Telegraphen-Agentur in Port Arthur unter dem heutigen Datum telegraphisch folgendes: Um 1 Uhr nachts am 24. d. M. machten die Japaner einen verzweifelten Versuch, den Eingang der inneren See und des Hafens zu verperrnen. Zu diesem Zweck waren vier Handelsdampfer mit Torpedobooten gegen den Eingang der Durchfahrt von beiden Seiten gerichtet. Der erwähnte Versuch wurde von dem Panzer „Retwisan“ bemerkt, welcher sich in der Durchfahrt befand. Dieser eröffnete sofort das Feuer, ebenso wie das Port auf der Halbinsel Tigre und dasjenige auf dem Golden Hill und die Batterie auf dem Vorprung, wo der Scheinwerfer aufgestellt ist. Die Kanonendauer bis 5 Uhr morgens; später wurden nur vereinzelte Schüsse abgegeben. Der Versuch der Japaner glückte nicht. Sämtliche vier Dampfer sanken, einer hinter dem Golden Hill, ein anderer in der Nähe des „Retwisan“, zwei zwischen der Einfahrt und Liastiaschan. Zwei brammen noch. Die Kreuzer „Bajan“ und „Kovil“ verfolgten die Torpedobooten. Gegen 9 Uhr morgens näherte sich das japanische Geschwader, das sehr stark war. Port Arthur, „Kovil“ und „Bajan“ erhielten darauf Befehl, zurückzukehren. Das japanische Geschwader entfernte sich, ohne Feuer zu geben, in der Richtung auf Dalny. Die „Pallada“ ging in das Dof zurück.

Port Arthur ist noch einmal vor einer Katastrophe bewahrt worden, das ist alles!

Nach der Vermutung eines Marine-Offiziers im „Tag“ scheint es zudem noch recht fraglich zu sein, ob nicht trotz alledem der Erfolg auf Seiten der Japaner liegt. Der Offizier schreibt nämlich:

„Uns scheint eine andre Erklärung für das Erscheinen dieser geheimnisvollen Schiffe näher zu liegen, die sich aus der Meldung ergibt, daß am Morgen nach der Vernichtung schwimmende Minen auf dem Wasser vor Port Arthur bemerkt worden sind. Wahrscheinlich hatten die Fahrzeuge die Aufgabe, in einiger Entfernung von dem Hafen sogenannte Stromminen auszuliegen, elektro-mechanische Minen, wie sie die Engländer nennen. Diese gefährlichen Zerstörungswerkzeuge, die in vielen Kriegsmarinen eingeführt sind, können von den mit ihnen ausgehäteten Schiffen an einem beliebigen Orte über Bord geworfen werden, steigen dann, nachdem ihr Anker den Grund gefast hat, automatisch bis zu der gewollten Tiefe unter der Wasseroberfläche auf und werden nun nach Ablauf einer gewissen Sicherheitsfrist gleichfalls von selbst scharf, so daß sie beim Gegenlaufen eines Schiffes explodieren. Die bis zur Wasseroberfläche aufgetriebenen Minen können sehr wohl solche Stromminen sein, deren Tiefen-Einstellvorrichtung nicht ordentlich funktioniert hat, und wenn sich dies als tatsächlich herausstellt, so befinden sich die Russen in wenig beneidenswerter Lage. Denn selbst wenn es den Japanern nicht gelingen sein sollte, ganze Reihen von Stromminen auszuliegen, so genügt doch schon das Vorhandensein, ja die Vermutung des Vorhandenseins von nur einzelnen Minen, um das Auslaufen russischer Schiffe aus Port Arthur zu einem sehr bedenklichen Manöver zu machen, bevor nicht das ganze Gebiet vor der Hafeneinfahrt in weitem Umkreise auf das gründlichste mit Minenfuhrwerkzeugen abgesehen ist, — und dazu gehören, namentlich in der schlechten Jahreszeit, viele Tage, selbst Wochen.“

Wie gesagt, handelt es sich in vorstehendem nur um eine Vermutung; wenn sie sich aber bewahrheiten sollte, so würde der Erfolg der nachlässigen Untersuchung trotz des Verlustes einiger Hilfskräfte durchaus auf Seiten der Japaner zu suchen sein.

### Eine englische Stimme über den Krieg.

Die liberale „Westminster Gazette“ erörtert in einem längeren Artikel alle Hypothesen des Krieges und kommt zu dem Schluss, daß eine Niederlage Rußlands für England nicht wünschenswert sei. Die gegenwärtigen Niederlagestrategien Rußlands würden damit in die Hände der Japaner übergehen, auf der andern Seite würde Rußland sich dann in Centralasien und Indien zu entschließen suchen und das liege nicht im Interesse Englands. Die „Westminster Gazette“ glaubt, daß seiner Zeit ein europäischer Kongreß die einzige Möglichkeit bilden werde, zu einer Regelung der ganzen ostasiatischen Frage zu gelangen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar.

### Reichstag.

Das Gesetz über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen sowie der Rest des Reichs-Eisenbahn-Etats wurde in der heutigen Sitzung rasch erledigt. Nur der Abg. Schumberger unternahm noch einen Ausfall auf unsere Genossen Vebel, der Berichterstatter war, hatte aber damit weder beim Präsidenten, noch beim Hause Glück.

Dann kam der Justiz-Etat an die Reihe, zu dem von bürgerlicher Seite nicht weniger als sechs Resolutionen vorlagen. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte beschloß man, diese vorweg gefordert zu beraten, nach ihnen als besonderen Punkt das Recht der Fremden in Deutschland und den Königsberger Geheimbunds-Projekt zu behandeln, und erst dann in die eigentliche Generaldebatte über die Justizverwaltung einzutreten.

Als erste der Resolutionen kam die auf Schaffung eines Heimstätten-Gesetzes zur Veranlassung, die von den beiden konservativen Parteien, dem Centrum und den National-Liberalen unterzeichnet ist. Die Begründung durch den konservativen Abgeordneten v. Riepenhausen hätte selbst eine bessere Sache zu Grunde richten können. In der Geschäftsordnungs-Debatte hatte dieser Demosthenes der konservativen Partei in fünf inhaltsschweren Worten erklärt, gegen die geforderte Beratung der Ruffenspiegel-Frage stimmen zu wollen, und knapp eine Sekunde später hatte er dafür gestimmt. Jetzt betrat er, mit dem Material zu einer Obstruktionsrede ausgerüstet, die Tribüne. Entsetzt kam der Bureaudirektor Knod zum Präsidenten gelaufen, vielleicht um zu erfahren, warum denn die Parteien der Rechten unerbittlich Obstruktion treiben wollten. Verzweifelt sprang Graf Stolberg alle zwei Minuten auf, griff nach der Glocke und setzte sich rasch wieder, bis er endlich nach einer Stunde auf Zureden der Schriftführer den Mut zum Eingreifen fand, das übrigens gegenüber der jovialen Antwort des Herrn v. Riepenhausen doch nutzlos blieb. Unerbittert predigte Herr v. Riepenhausen das Evangelium des Heimstätten-Gesetzes, krenzte die Arme über die Brust und rief mit donnernder Stimme: „Schon der große Schweiger ist bereit für diese Vorlage eingetreten, der Herr Generalfeldmarschall Graf Nolte.“ Er versicherte, daß unsere Genossen keine Uebermenschen seien, erzählte von „gelehrten“ Gesellschaften, in denen er in Paris verkehrt hätte, jammerte über Hunger nach einem Stückchen — Stückchen — Stückchen Erde und wurde obendrein noch aufgeregter, wenn die ganze Linke in stürmisches Gelächter ausbrach. Aber auch seinen politischen Freunden wurde bange bei der animierten Stimmung des Redners, die nur durch die vielen Gläser Wasser gemildert wurde, die er im Verlauf seiner Rede leerte.

Herr v. Riepenhausen hat bis zu dieser Session nur das preussische Abgeordnetenhaus geziert, wo er in der wärmeren Jahreszeit gelegentlich durch schloßweihen Anzug und knallgelbe Schuhe auffiel.

Dorthin wurde er wenig höflich durch den Staatssekretär Niederding gewiesen, der ihm riet — auch Herr Niederding kann manchmal ein Schalk sein — dort seine Rede beim landwirtschaftlichen Etat zu wiederholen. Im allgemeinen befandete Herr Niederding wenig Lust, sich auf die Heimstätten-Gesetzgebung einzulassen, wenn er auch die notwendige Ehrfurcht der Regierung vor gesetzgeberischen Wünschen der Junker geziemend zum Ausdruck brachte.

Scharf mit Herrn v. Riepenhausen und seinem Plane ging Genosse Stadthagen ins Gericht. Er charakterisierte den Entwurf wenig und treffend als reaktionäre Quackalberei mit dem Endziel, den Heimstätten an die Scholle zu schmelzen und Großgrundbesitzern willige Bodensklaven zu verschaffen.

Seiner Kritik schloffen sich die freisinnigen Abgeordneten Gothein und Pohl an, während die Herren Gamp, Dr. Bachem und der Bauernbündler Wolf sich für den Heimstätten-Gedanken begeisterten.

Die Resolution wurde angenommen. Verläuft die Debatte über die andern drei Resolutionsgruppen nach dem Muster von heute, so werden die Herren Schönstedt und v. Hammerstein unsere Antwort erst am nächsten Dienstag lesen. Denn persönlich stellen werden sie sich wohl nicht.

### Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus stand in der am Donnerstag fortgesetzten Generaldebatte zum Justiz-Etat der Fall des früheren Abgeordneten Dr. Barth im Vordergrund des Interesses. In einem während des Wahlkampfes im Kreise Köslin verbreiteten Flugblatt war gegen Barth indirekt der schwere Vorwurf des Kaufes sozialdemokratischer Stimmen erhoben worden. Der Staatsanwalt aber hatte es abgelehnt, gegen die Verfasser des Flugblattes einzuschreiten, da nach seiner Meinung kein öffentliches Interesse vorliegt, und auch die Oberstaatsanwaltschaft in Stettin sowie der Justizminister haben Herrn Dr. Barth nicht zu seinem Rechte verholfen. Wenn nun auch in der Debatte festgestellt ist, daß der Erste Staatsanwalt, der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins war, an der Sache nicht direkt beteiligt ist, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß im öffentlichen Leben thätigen Personen, vorausgesetzt, daß sie nicht einer der Regierung genehmen Partei angehören, die schwersten Verleumdungen zugefügt werden können, ohne daß die Staatsanwaltschaft dagegen einschreitet. Und das wird von den konservativen Parteien des Landtages und von dem obersten Beamten der Justizverwaltung gebilligt! Wohl ergingen sich die Abg. Beltsohn (fr. Bg.) und Dr. Friedberg (natl.) in einer Kritik des Verhaltens der Staatsanwaltschaft, aber namentlich die Ausführungen des national-liberalen Redners lassen keinen Zweifel darüber, daß auch die „Linke“ des Hauses die Sache nicht allzu tragisch nimmt. Zwar verurteilt Abg. Dr. Friedberg das Eingreifen der Be-

hörden in den Wahlkampf, jedoch nur in den Wahlkampf zwischen Anhängern der staatsbehaltenden Parteien. Wenn es sich um einen Kampf zwischen einem Vertreter einer „nationalen“ Partei und einem Vertreter der Socialdemokratie oder der Polen handelt, dann darf die Regierung nach Ansicht des national-liberalen Herrn eingreifen. Uebrigens wird die Angelegenheit beim Etat des Ministeriums des Innern nochmals zur Sprache kommen, da an der Verbreitung des ominösen Flugblattes auch das Landratsamt beteiligt sein soll.

Zu erwähnen wäre noch die Rede des Abg. Cassel (fr. Bg.), der eine Aenderung des Verfahrens in der Voruntersuchung, insbesondere einen größeren Schutz für die Angeklagten, verlangte und das Verhalten des Staatsanwalts Müller im Kwoleki-Prozess zur Sprache brachte. Es kam Herrn Schönstedt sichtbar schwer an, seinen Untergebenen öffentlich wegen seiner verhassten Beeinflussung der Geschwornen und wegen seiner unredlichen Vorwürfe gegen polnische Zeugen vor dem Lande zu tadeln, aber das Benehmen des Staatsanwalts Müller war so unglücklich, daß selbst der Justizminister ihn nur mit nervöser Ueberreizung entschuldigen konnte. Charakteristisch ist es, daß weit schwerere Fälle, in denen Staatsanwälte oder Richter sich schwere Verleumdungen gegen Socialdemokraten vor Gericht zu Schulden kommen ließen, nicht angeklagt wurden. Das Bourgeois-Parlament betritt eben nur seine eigenen Interessen.

Wie sehr man selbst Richter und andre höhere Beamte der Justiz in den Dienst der jeweiligen Regierungspolitik zu stellen sucht, geht aus den Reden der polnischen Abgeordneten Dr. v. Wizercki und Dr. v. Kazdewski hervor; es ist festgestellt, daß Assessoren und Richter veranlaßt sind, ihre Spareinlagen aus polnischen Volksbanken zurückzuziehen und daß bei den letzten Landtagswahlen sogar Referendare zu Protokoll darüber vernommen wurden, aus welchem Grunde sie nicht gewählt haben. Die Thatsachen konnte Herr Schönstedt nicht abstreiten, und so suchte er sie denn mit den bekannten Phrasen zu entschuldigen, daß es Pflicht eines jeden Beamten sei, sich an dem Kampf gegen das Volentum zu beteiligen. Also nicht nur die Stimmabgabe der Beamten kontrolliert die Regierung, sondern sie kümmert sich sogar schon um ihre Privatangelegenheiten, sie macht die Beamten völlig zu Sklaven.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

### Der russische Atavismus.

Graf Bülow hat die Neutralitätsrede, die er im Reichstag zu leisten gedenkt, bereits vorausgeplaudert. Nach dem „Petit Parisien“ hat er dem Korrespondenten des Pariser Blattes, der ihn besuchte, Mitteilungen gemacht, die so vom Bülowgeiste zeugen, daß ihre Echtheit gewiß erscheint. Der Reichstagsler feierte sich und seine Weisheit also:

„Alle politischen Parteien Deutschlands, die Socialisten ausgenommen, stimmen mit der Regierung darin überein, daß die Fortdauer unserer guten Beziehungen zum östlichen Nachbar unserer Geschichte, unserer Gewohnheiten entspricht. Fast möchte ich die deutsch-russische Freundschaft eine atavistische nennen. Diese Freundschaft hat keine Spitze gegen England, sie hindert uns nicht, den bemerkenswerten Etat des japanischen Volkes anzuerkennen, und ist am allerwenigsten gegen den Fortbestand des Zweibundes gerichtet; ich weiß, daß man uns in letzterer Richtung allerlei machiavellistische Absichten zuschreibt. Nein, Deutschland hat alles Interesse, das den status quo in Europa garantierende Nebeneinander des Dreibundes und Zweibundes unberührt zu erhalten. Dieser Politik der Loyalität, Neutralität und des Friedens treu bleibend, dienen wir unseren Interessen am besten. Man hat das Wort „Deutsche Weltpolitik“ zuweilen fälschlich als „Deutsche Eroberungspolitik“ verstehen wollen und uns allerdingens wieder geheime Absichten auf Peking oder eine, vielleicht auch mehrere andre chinesische Provinzen zugeschieben; auch im Orient und Amerika lauern wir, so heißt es, auf Leute. Welche Thorheit! Wir sind neutral und wollen neutral bleiben, und alle die schönen Gegenden, die wir angeblich dem Reiche gewinnen sollen, sind Pata morgana. Nein, wir gefallen uns nicht in der Rolle der Conquistadores, wir sind ehrliche Produzenten und Konsumenten, Käufer und Verkäufer. Der deutschen Arbeit, dem deutschen Handel so vorteilhafte Gebiete wie möglich in friedlicher Aktion zu erschließen, das ist unsere ganze Weltpolitik.“

Die Weltpolitik, die Graf Bülow in diesem Interview vortragen hat, ist freilich nur die Wortpolitik des Kanzlers; die wirkliche Weltpolitik des neuen Kuriers war eine gänzlich entgegengelegte und wurde gekennzeichnet durch die Anknüpfung, daß wir in allen Teilen der Erde Punkte finden wollen, um uns festzusetzen; sie wurde bekräftigt durch gewaltige Flottenbauten, durch Kolonialerwerbungen und Chinapachtungen. Aber es ist begreiflich, daß der Kanzler die Weltpolitik abweist, da ihre Blamagen und ihre Ausichtslosigkeit allzu offenbar wurden.

Neu und reizvoll ist nur, was Graf Bülow über die deutsch-russischen Beziehungen gesagt hat. Er irrt, wenn er meint, die Socialisten seien Gegner „guter Beziehungen zum östlichen Nachbar“. Die Socialisten sind natürlich sehr eifrige Freunde guter Beziehungen zur russischen Nation, ihre Gegnerschaft richtet sich gegen die reaktionären Schergenendienste, welche die reaktionäre Regierung von Preußen der russischen Gewaltthätigkeit leistet. Fast könnte es scheinen, als habe Graf Bülow selbst die Verechtigung der socialistischen Haltung erkannt, denn er bezeichnet die jetzige deutsch-russische Freundschaft als einen Atavismus. Leider ist aber anzunehmen, daß Graf Bülow sich nicht diese sehr vernünftige Ansicht geleistet hat, vielmehr einer sehr drohenden Verirrung im Fremdwort zum erheiternden Opfer fiel. Die altererbte Ruffenfreundschaft, die Graf Bülow zu citieren beabsichtigte, ist wahrlich ein Atavismus, ein wieder auftauchender Rückschlag in Eigenschaften sehr weit zurückliegender Generationen, ein Rückschlag des vorgeblich modernen Deutschland in die trübste Zeit der Heiligen Alliance und der Demagogieverfolgung.

## Deutsches Reich.

### Ein deutscher Minister über die Socialdemokratie.

Aus Baden wird uns geschrieben: Im Landtag findet gegenwärtig die Debatte über das „politische“ Ministerium, das ist das Ministerium des Innern, statt. Von socialdemokratischer Seite scharf angegriffen, hatte der Minister von socialdemokratischer Verheerung, von Mitteln gesprochen, die gar nicht Socialdemokraten seien und dann ihre Ziele als einen „Sumpfs mit Wangarbeit“ geschildert. Genosse Abg. Eichhorn ging darum am Montag dem Minister Dr. Schenkel scharf zu Leibe und verdammt ihn weidlich wegen seiner Auffassung über die Dreimillionen-Partei. Und das scheint geholfen zu haben; sofort erhob sich der Minister und sagte u. a. aus:

Das erste ist, das der Herr Abg. Eichhorn mir vorgeworfen hat, ich hätte hinsichtlich der Entstehung der Socialdemokratie in meinen früheren Reden behauptet, sie sei im wesentlichen nur deshalb so groß geworden, weil sie sich auf die Erde und die Agitation und die unlaute Aufregung der Massen gestützt habe. So etwas kann ich aber hinsichtlich der Entstehung der Socialdemokratie, einer anerkannt großen und weit ausgebreiteten Bewegung, nicht sagen.

haben. Und wenn der Herr Abg. Eichhorn nicht bloß einzelne herausgegriffene Worte und nicht bloß das betradet hätte, was ich in den bisherigen Sitzungen gesagt habe, wenn er vielmehr zurückgedacht hätte in die Verhandlungsberichte des vorigen Landtages, wo ich mich auch schon über die Entstehung der Socialdemokratie ausgesprochen habe, da hätte er gefunden, daß meine Anschauung über die Entstehung der Socialdemokratie eine wesentlich andre ist. Ich habe damals gesagt: Die Socialdemokratie ist zu einem großen Teil eine berechtigte, aus gesunden Motiven hervorgegangene Bewegung; ich möchte daher ihre Vertreter hier im Hause nicht missen. Die Bewegung will eine Vertretung schaffen für die unteren Schichten unseres Volkes, für diejenigen, die von der Hand in den Mund leben und nicht viel Kapital besitzen. Dies ist aber keineswegs eine ungeliebte und gleichartige Klasse von Armen oder gar etwa ausschließlich von Fabrikarbeitern, sondern eine ungemessen verschiedenartig zusammengesetzte breite Schicht unserer Bevölkerung; dazu gehören nicht nur die, welche in den Fabriken die Maschinen bedienen, sondern auch viele derer, die auf dem Felde das Wachstum der Früchte vorbereiten, die auf den Straßen und Flüssen fahren und auf dem Meere segeln, die Schichten derer, die zum Teil noch recht arm sind, zum Teil aber auch in der wirtschaftlichen und kulturellen Aufwärtsbewegung begriffen, gefördert von der Hand, die ihnen aus den oberen Schichten gereicht wird. Die Herren Socialdemokraten, namentlich eine Anzahl hervorragender Führer, Leute, die aus unserer Schicht, aus der Schicht der höher Gebildeten und der Kapitalisten hervorgegangen sind, haben die socialen Bedürfnisse dieser großen, vielgliedrigen Schicht ergründet, sie haben verstanden, zum großen Teil die Angehörigen derselben um sich zu scharen, und sie haben daraus eine bei den Wahlen in Deutschland große Erfolge erzielende Partei geschaffen. Diese Partei hat an sich eine durchaus richtige und erstrebenswerte Aufgabe, nämlich die, die unteren Schichten unseres Volkes nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch in ihrer Kultur weiter emporzuheben, eine Aufgabe, die naturgemäß nur langsam zu Erfolgen führen kann.“

Diese runde nette Anerkennung suchte dann freilich Herr Minister Dr. Schenkel dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, auch die bürgerlichen Parteien verfolgten jetzt, angeregt durch die Socialdemokratie, die letzteren Ziele. Im übrigen tadelte er wieder an der Socialdemokratie ihre antimoralische Haltung, ihren „Materialismus“ und den „Julianismus“, der eine verderblich bringende Pata morgana sei. — Es ist von einem Minister natürlich nicht zu verlangen, daß er sich auf den Boden der Socialdemokratie stellt oder auch nur ihr Programm in allen Einzelheiten richtig zu würdigen versteht. Es genügt schon, daß er sich genötigt sieht, die berechtigte und erstrebenswerte Aufgabe, die sich die Socialdemokratie gestellt hat, anzuerkennen. —

### Die Reichstags-Scheuen.

Die preussischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein leiden in hervorragendem Maße an der Reichstagsangst. Als die Socialdemokratie wegen der Königsberger Justiz und der russischen Spionagemisstände in Preußen am 19. Januar interpellierte, waren die beiden Herren preussischen Minister die Angegriffenen und Verantwortlichen. Formell richtete sich der Angriff gegen den Reichstagsler und seinen Stellvertreter für die auswärtigen Angelegenheiten, also gegen die Gesamtheit der verbündeten Regierungen, aber die Vorgänge, über welche Klage geführt wurde, standen unter der Verantwortlichkeit der beiden preussischen Minister, und ihre Aufgabe war es, die verbündeten Regierungen vor dem Reichstag zu vertreten. Doch ihr Pflichtbewußtsein gegenüber den verbündeten Regierungen wurde ersucht in der Reichstagsangst. Die Minister überließen ihre Angelegenheiten dem Staatssekretär Freiherrn v. Richthofen, der in den meisten Einzelheiten gar nicht und im übrigen falsch unterrichtet war. Sie zogen es vor, mehrere Wochen später die socialdemokratische Interpellation zu beantworten im preussischen Abgeordnetenhaus, wo Socialdemokraten keinen Sitz haben. Nachdem sie sich sorgsam vor den Gegnern geschützt, schlugen sie tapfer um sich und errangen sabelhaften Sieg, dessen Getöse noch Tag um Tag in den gestimmungstüchtigen Zeitungen wiederhallt.

Da die Socialdemokratie nicht Sitz und Wort im Abgeordnetenhaus hat, wie die Minister Schönstedt und Hammerstein im Reichstag, so ist sie genötigt, ihre Antwort im Reichstag zu verabreichen. Sie ist gehindert, die Flüchtlinge in das Asyl des Dreiklassen-Unrechts zu verfolgen und kann nur warten, ob die Minister allmählich die Fähigkeit gewinnen, sich endlich im Reichstag zu stellen.

Unter Parteigenossen Haase hat im Reichstag, als die Dispositionen über die Beratung des Justiz-Etats getroffen wurden, erklärt, daß er die Ordnung des Fremdenrechts von Reichs wegen und die Eingriffe der Justiz gegen die Verbreitung von russischen Druckschriften zur Sprache zu bringen beabsichtigt. Er hat ersucht, daß dieser Gegenstand als besonderer Abschnitt innerhalb des Titels „Staatssekretär“ behandelt werde. Der Präsident des Reichstags schloß sich diesem Wunsch an und die große Mehrheit des Reichstags beschloß also.

Die Minister Schönstedt und Hammerstein wissen, daß demnächst dieser Gegenstand im Reichstags behandelt wird. Die Minister Schönstedt und Hammerstein wissen, daß dabei ihre Behauptungen im Abgeordnetenhaus besprochen werden müssen. Die Minister Schönstedt und Hammerstein sind durch die Form, in welcher der Präsident des Reichstags und der Reichstag selbst die Angelegenheit zu behandeln beschlossen haben, die ausdrücklich zu dieser Verhandlung eingeladen sind.

Ist die Reichstags-Scheue der Minister Schönstedt und Hammerstein so unüberwindlich, daß sie der dringlichen Einladung des Reichstags und seines Präsidenten nicht folgen? Werden sie ihre weiteren Abwehrversuche, zu denen sie sicherlich herausgefordert werden, wiederum nach Wochen im scheinbar kugelsicheren Panzer des Wahlunrechts unternehmen?

Wenn die Herren Minister aus ihrer, jede geordnete parlamentarische Debatte unterminierenden Reichstagsangst sich nicht zu befreien vermögen, so sei ihrem unheilbaren Leiden unser ganzes Beileid dargebracht und zugleich unser Dank, daß sie die preussische Ruffenschnack auf längere Dauer an der Tagesordnung erhalten als es vielleicht durch unser eigenes Bemühen möglich wäre!

### Sparlotens Vater.

Der preussische Oberminister August Scherl wird jetzt geschrieft: „Scherl“; d. h. er veröffentlicht unter seinem Namen, was seine Leute ihm zur Ehrenrettung seiner Sparlotte zusammengeschrieben haben. Zunächst hat er eine, wie man sagt, von einem bekannten Marxisten und kunseligenen Specialmeffias verfaßte Broschüre veröffentlicht: „Das Scherlsche Prämien-Sparsystem, für Freunde und Gegner dargestellt von August Scherl“ — aus der nun hervorgeht, daß die Sache bereits fix und fertig war bis zu den bereits ausgearbeiteten Formularen für den inneren Geschäftsverkehr. Heute bringt denn „Der Tag“ einen solchen Leitartikel: „Mein Prämien-Sparsystem von August Scherl“. Darin erzählt sein Verfasser, daß die „maßgebendsten Sachverständigen, hervorragende Nationalökonom“ die geniale Sparlotte pfeiffert hätten. Dann spricht er von dem „Zustand“ der nicht von Scherl bereitgestellten Presse, die „Annenmärchen“ über selbstthätige Motive Scherls glaube. Diese Annenmärchen wären dann zu jenem Sturm angeschwollen, „der angeblich die königl. preussische Staatsregierung zu einem Begräbnis“ meiner Idee veranlaßte. „Pamphlet-Glaube!“ Meine Idee läßt sich vielleicht wieder eine Weile zurückdrängen, aber nicht begraben — dazu ist sie zu lebenskräftig.“

Scherl-Galilei! Und sie bewegt sich doch, die Sparlotte. Und wir glauben das sogar dem Galilei des größten Inzerenten-geschäfts. Dem preussischen Ministerium muß ja alles das zugestimmt werden, was man für unglaublich hält.

Die alle Genies, wird auch Scherl — so sagt er — „totgeschwiegen“. Aber das wird nicht gelingen: „Glücklicherweise besitze ich die Macht, mich nicht totschweigen zu lassen, werde von dieser Macht den ausgiebigsten Gebrauch machen und konstatieren zunächst folgendes.“

Das hat Scherls Verfasser wirklich hübsch geschrieben. Vielleicht seht er ihn nun noch eine große Rede auf, in der Scherl nach berühmten Mustern für das Wohl seines Volkes sich entflammt.

Als „unwahr“ bezeichnet Scherl, daß sein System „eigenmächtigen Motiven“ entspringen sei, wahr vielmehr sei:

„daß ich mit meinem System ein gemeinnütziges Unternehmen ins Leben rufen wollte, zu dessen Verwirklichung ich außer meiner Arbeitskraft ein Vermögen geopfert habe.“

Ein „Vermögen geopfert“? Wofür? An wen? Sollte daher etwa ein Teil der allgemeinen Zustimmung kommen?

Interessant ist, daß der rabiate Scherl erklärt, ihm sei von der Regierung keine rlei einschränkende Bedingung auferlegt worden.

Zurück der Widerstand einzelner großstädtischer Sparfassen spreche ihn nicht: „Mein System besitzt eine mehr als genügend große Anzahl warmer Freunde unter deutschen Sparfassen-Verwaltungen, um ungehindert ins Leben treten zu können“. Damit bestätigt Scherl unsre, von ihm auch nicht für „unwahr“ erklärte Mitteilung von der agrarischen Tendenz seiner Sparlotte: Einführung von Geldern an kleine Sparfassen, die Pumpstationen für agrarische Zwecke sein könnten. Zum Ueberflus sagt er das noch ausdrücklich:

„Die Kreis-Sparfassen beschwerten sich vielfach darüber, daß ihrem Wirkungsbereiche erhebliche Sparkapitalien entzogen und in die großen Städte geleitet werden, da die Kreisfassen teils aus Bequemlichkeit, teils zur besseren Wahrung der Disziplin ihre Spargelder in die große Stadt tragen. Die Folge ist einerseits eine Verbilligung des städtischen Hypothekensredits, andererseits eine Verarmung der Kreise zum Vorteil der großen Städte. Braucht der Kreis Kapitalien, so muß er solche — auch wenn sie von seinen Fassen gespart worden sind — sich aus der Stadt zu einem höheren Zinsfuß leihen. Hier würde mein System ausgleichend wirken, indem Kreis-Sparfassen dort eintreten würden, wo städtische Sparfassen ihre Mitwirkung versagen.“

Mit einer hübschen Vorrede schließt der Artikel: „Nicht mir, dem außerhalb des Parlaments Befindlichen, liegt die Verteidigung meines Systems vor dem preussischen Abgeordnetenhaus ob, sondern dessen amtlichen Befürwortern, dem Herrn Minister des Innern, Freiherrn von Hammerstein, und dem Herrn Finanzminister, Freiherrn von Rheinbaben; und daß da meine Sache in guten Händen ist, wird kein Kenner der im Laufe der letzten Jahre gepflogenen Verhandlungen auch nur im geringsten bezweifeln.“

Da hat Scherl nun wirklich recht. Es wird seinen Ministern nichts andres übrig bleiben, als im Dienste der guten Sache gleichfalls ein Vermögen zu opfern, wenn auch nur das geistige Vermögen eines preussischen Ministers aus dem Jahre 1904.

Die wasserwirtschaftliche Vorlage ist jetzt im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fertiggestellt und geht in Eile in den Abgeordnetenhaus vor. Die Regierung wünscht, wie die „B. P. R.“ mitteilt, daß die erste Lesung der Vorlage noch vor der Osterpause stattfindet.

Der Gesetzentwurf zur Ober-Regulierung ist dem brandenburgischen Provinzial-Landtage zur Begutachtung zugegangen.

Die Bülow-Neben gegen den Zukunftsstaat sind in Breslau an die städtischen Arbeiter verteilt worden; auf die Anfrage des Genossen Schlich in der Stadtverordneten-Versammlung, wer die Ausgaben deckt, antwortete der Bürgermeister, daß man die Proschüre gratis erhalten habe. — Im benachbarten Ostwig verteilte der Gemeindevorsteher diese Gratis-Exemplare an die Schöffin!

Wer liefert die Proschüren gratis? Derselbe etwa Graf Bülow selbst sein Gehalt im Interesse der Beförderung seines literarischen Ruhms?

Die Zwerklässigen. In den Blättern, die sich ein Gewerbe daraus machen, die russische Spiegelherrlichkeit in Preußen zu verherrlichen, findet sich auch die Bemerkung, daß unser Genosse Abg. Haase, „der beim Königsberger Prozeß eine Hauptrolle spielte“, in einer Berliner politischen Versammlung gegen Russland aufgetobt habe.

Rum scheint und zwar für alle Westeuropäer, die nicht gerade in Russlands Sold stehen, das Aufbegehren gegen die zarische Barbarei eine höchst ehrenvolle und gemeinnützige Tätigkeit zu sein, nur hat in diesem Fall der Abgeordnete Haase, der Verteidiger im Königsberger Prozeß, niemals die ihm zugeschriebene Rede gehalten. Wir erwähnen diese Ausgeburt bürgerlicher Jübertätigkeit nur deshalb, um den Minister v. Hammerstein vor dem Gesicht zu bewahren, daß er auch diese „Thatsache“ in seine Akten aufnimmt.

Unter den heulenden Derwischen der Königsberger, die gegenwärtig in der bürgerlichen Presse toben, verdient erwähnt zu werden ein Artikel des von jeder Vernunft unabhängigen Tagesblattes für nationale Politik, in dem Dr. Friedrich Lange seine täglichen Wobansbedürfnisse verrichtet. Hier verrät sich nämlich das Mittel, durch das diese Barbarei erzeugt wird. Mit großer stiller Entschlossenheit wird von „der Phantasie des sozialdemokratischen Sektors wasser-Kopfes“ geredet.

Mit solchem Hintertisch auf die belannten guten Wirkungen des fiskalischen Mineralbrunnens soll die verächtliche sozialdemokratische Rächerei den staatsrechtlich teutonischen Biermördern demutiert werden, deren heiligste Gefühle verletzt werden, wenn alldaher freie Leute vernünftig schreiben, statt, wie's sich ziemt, vaterländisch schäumen zu lassen.

Wir erkennen diese Beschwerde des nationalen Blattes als unbedingt berechtigt an und stellen ihm gern das Zeugnis aus, daß in seinem Artikel auch nicht die Spur eines — Sektierwasserkopfes sich verrät.

Zur Stichwahl in Schwège. In einer Berliner freisinnigen Versammlung des Vereins Waldeck wurde am Mittwoch über den entschiedenen Liberalismus und seine Zukunft verhandelt. In der Diskussion wurde das Verhalten der Freisinnigen bei der Stichwahl in Schwège getadelt und schließlich folgende Resolution angenommen:

„Der fortschrittliche Verein Waldeck bittet die liberalen Gesinnungsgenossen des Wahlkreises Schwège-Schmaldegen, in der Stichwahl Mann für Mann gegen den Antisemiten zu stimmen und den Kampf gegen den Drotwucher mit aller Entschiedenheit zu führen.“

Prediger in der Wüste! Die „Wossische Zeitung“ breißt sich auch bereit, die draben Freisinnigen damit in Vorau zu entschuldigen, daß ja auch die Sozialdemokraten — Antisemiten seien, sistemalen sie erst kürzlich festgestellt haben, daß in der Redaktion der „Wossischen Zeitung“, die von jüdischen Inzerenten und Adonimenten lebt, „Mensch“ durchaus nicht „oben“ ist, sondern vielmehr arisches Blut für unbedingt notwendig gehalten wird zur Pörschergung Wossischen Stumpfsinns.

Erkaffige Menschen unter sich. Das Leipziger Kriegsgericht verurteilte den Hauptmann von 177. Infanterie-Regiment v. Schröder, der am 23. Januar auf Gensinger Gebiet den Lieutenant Schuber im Pistolenduell erschossen hat, wegen Zweikampfs mit tödlichem Ausgang zur gesetzlichen Mindeststrafe von zwei Jahren Festungshaft. Die Öffentlichkeit war bei der Verhandlung ausgeschlossen.

Die die „Vöhringer Bürger-Zeitung“ wissen will, hat am letzten Sonntag in Reg ein Pistolenduell zwischen einem bayerischen Infanterie- und einem preussischen Feldartillerie-Lieutenant stattgefunden.

Wenn die Herren recht fleißig die Standesehre auf kleinlichstem Wege wahren, so läuft die Welt schließlich noch Gefahr, daß die erstklassigen Menschen aussterben.

Aus dem journalistischen Taubenschlage. Aus Halle, 24. Februar, wird uns geschrieben: Die Civillage des Redakteurs Brinkmann gegen den Verleger der liberalen „Saalezeitung“, Schirmermeister, wurde heute vor dem Amtsgericht zu Ende geführt. Herr Schirmermeister war darüber sehr ungehalten, daß nach der vorigen Verhandlung die gesamte sozialdemokratische Presse Deutschlands von den Intimitäten in seinem Verlage Kenntnis genommen habe; er machte aber nicht den leisesten Versuch, die in dem vorigen Artikel mitgeteilten Thatsachen zu entkräften. Herr Schirmermeister vermutete, daß Herr Brinkmann den Artikel in die sozialdemokratische Presse lanciert habe. V. stellte das entschieden in Abrede und erklärte, Herr Schirmermeister sei ein nervöser Herr. In der „Saalezeitung“ geht der Abonnentenstand permanent zurück, da es in dem Verlage nicht mehr normal hergehe. Herr Sch. zog es schließlich vor, die Klage durch einen Vergleich tot zu machen und zahlte dem Kläger 311 M. Gehalt.

Ein Panamino in Hessen. Ueber die von uns schon berichtete „Affaire Jouy“ wird uns weiter geschrieben: In der Zweiten Kammer des hessischen Landtags antwortete der Finanzminister Gnauth auf die Anfrage, ob ihm über das Verhalten des Abg. Jouy etwas bekannt sei, u. a.: „Für die Nebenbahn Ruhbach-Vich sei seiner Zeit ein Staatszuschuß von 20 000 M. pro Kilometer bewilligt worden, insgesamt 285 000 M. Vor Erteilung der Konzession sei dem Finanzminister bei Prüfung der Sachlage die Höhe der Kosten für Vorbereitungen aufgefassen. Abgeordneter Jouy als Vorstand der Eisenbahn-Gesellschaft erklärte damals, die Kosten seien durchaus nicht zu hoch, eher zu niedrig bemessen. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß in dieser Summe auch 33 000 Mark „für Kursverlust“ enthalten waren und daß von der Unternehmerrfirma Lenz u. Co. in Berlin am 30. April 1902 tatsächlich dieser Betrag an den Abg. Jouy ausgezahlt worden ist. Die Firma habe sich aber auf Anfrage dahin geäußert, daß es ihr gleichgültig sein könne, auf welche Weise Jouy die Obligationen bei den interessierten Gemeinden unterbrachte; die Papiere seien ihm einfach zum Kurs von 94 Prozent übergeben worden. Finanzminister Gnauth schloß mit der Erklärung, daß er die Angelegenheit noch weiter aufzuklären beabsichtige.“

Der Abg. Jouy suchte sich zu rechtfertigen. Er habe sich, seitdem er Abgeordneter sei, um das Zustandekommen des Bahnhofs eifrig bemüht und schließlich habe die Baufirma Lenz u. Co. den Bau nur ausführen wollen, wenn er (Jouy) selbst für die Unterbringung der Obligationen im Betrage von 550 000 M. Sorge. Er habe durch die Annahme der Provision nichts gethan, was sich seiner Ueberzeugung nach nicht vereinbaren lasse mit seiner Stellung als Abgeordneter. Andre Abgeordnete, die in der Kammer lebhaft die Interessen der Landwirtschaft vertreten, verdienten doch auch durch ihre Beziehungen zu landwirtschaftlichen Organisationen! — Die weitere Besprechung wurde ausgesetzt, bis die Regierungantwort auf die Interpellation gedruckt vorliegt.

München, 25. Februar. Kammer der Abgeordneten. Die Kammer der Abgeordneten begann heute die Specialdiskussion des Landtags-Wahlgesetzes. Bei Artikel 2 betr. die Wahlkreis-Einteilung legte Minister Frhr. v. Heitshaus nochmals dar, daß die Einteilung der Wahlkreise genau nach den Grundsätzen erfolgt sei, welche der Landtag früher gebilligt habe. Selbstverständlich könnte das platte Land nicht so herbeifügig werden, wie es die freie Vereinigung wünsche, andererseits könnten die Städte nicht die volle Verlässlichkeit finden, welche die Sozialdemokraten verlangen. Die Regierung müsse ausweichen, gerade wie das auch jene vom Landtag gebilligten Grundsätze wollten. Die Regierung sei gerecht verfahren. Verschiedene Redner des Centrums und der Sozialdemokraten sprachen nochmals ihre Zustimmung aus, während Redner der freien Vereinigung und der Liberalen an der Ablehnung der vorgeschlagenen Wahlkreis-Einteilung festhielten. Nach weiterer lebhafter Polemik zwischen Centrum und Liberalen wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Eine neue Verfassungsliste aus Deutsch-Südwestafrika meldet Gouverneur Leutwein:

Am 13. Januar am Otjomunderivier: Ermordet Tischler Herbst, Karibib. Ansiedler Goh, Drusjwa. Boer Mar Donald, Ombobe. Hehle, Drusjwa. Farmer Boehme, Ompovero. Afsinger, Johannes Meins, Ombaji. Müller und Frau.

Gefallen am 14. Februar: Matrose Karie; Seesoldaten Mahne aus Teobe; Luttermüller aus Wradweide, Bessfalen; Schneider aus Weiden, Oberpfalz; Landwehmann Verleth.

Schwer verwundet: von der Schuttruppe Friedrich Ranzau, Lazarett Gobabis. Wilhelm Lorenz, rechter Oberschenkel, Windhof. Josef Glagel, linker Oberarm, Dufjo. August Wiederholf, linke Brust, Okhandanja; außerdem Kriegsfreiwilliger Kishde, zwei Schüsse in den Unterleib, Grootfontein. Boer Duplessis, Lunge, Grootfontein. Landwehmann Rodler, linker Fuß, Windhof. Geizer Felsmann, beide Oberschenkel und Unterleib, Windhof. Zivilpolizist Dietrich, linker Arm, Karibib. Kriegsfreiwilliger Koesemann, rechter Arm, Karibib. Kriegsfreiwilliger Liebe, zwei Schüsse Unterarm.

Leicht verwundet: von der Schuttruppe: Karl Pehdenreich, rechte Schulter, Windhof. Robert Wredow, Streiffuß, Gobabis. Hauptmann Aliefoth, Fleischhauf in der Achselhöhle, Dufjo. Walter Kauf, Fleischhauf in den rechten Oberschenkel, Omaruru. Paul Axel Gobabis. Paul Bilargal, Gobabis. Außerdem: Reservist Kruschwig, Unterarm, Windhof. Landwehmann Wehburg, rechte Hand, Windhof. Kriegsfreiwilliger Schmiedel, Streiffuß und Schuh rechte Hand, Grootfontein. Kriegsfreiwilliger Halberstadt, Grootfontein. Schloffer Träger, Kriegsfreiwilliger Dweil, linker Unterarm, Grootfontein. Gefreiter Krudt der ersten Marine-Infanterie-Compagnie, Schuh rechte Hand. Pionier Hesse, linke Wange; Landsturmann Guder, linker Oberarm. Kriegsfreiwilliger Meyler, Hals. Landwehmann Rudath, linke Hüfte. Reservist Behrent, linker Ohr. Geizer Albert Ferner, Frau Lange, Kopf. Frh. Müller. Weitere Vervollständigung zur Zeit unmöglich.

## Ausland.

### Frankreich.

Die vollständige Beseitigung der Kongregationschulen. Mit der Aufhebung aller Kongregationschulen, auch derjenigen, die von autorisierten Orden unterhalten werden, scheint die Regierung nun ernst machen zu wollen. In der Kammer Sitzung vom 24. Februar bestätigte nach Erledigung der Tagesordnung der Ministerpräsident Combes die Tribüne und ermahnte die Kammer, sofort nach Erledigung des Gesetzes, betreffend die Pariser Gemeindevahlen, in die Beratung über die Aufhebung der Kongregationschulen einzutreten. Trotz des Widerpruchs der Rechten wurde diesem Verlangen mit 331 gegen 184 Stimmen entsprochen. Die Kommission, welche mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beauftragt war, hat bereits ihren Bericht erstattet und der Kammer vorgelegt. Danach erhielten noch im Oktober 1903, nachdem schon ein Teil der geistlichen Schulen aufgehoben waren, 178 522 Kinder Unterricht durch die „Schulbrüder“. Von diesen könnten 75 541 in den öffentlichen Schulen Unterlauf finden. Zur Unterbringung der übrigen 102 981 Kinder müßten 776 Klassen in den vorhandenen Schulen und 351 neue Schulen mit 1520 Klassen geschaffen werden. Die Kosten hierfür würden sich auf über 42 Millionen belaufen. Dazu kommt das Mobilien und die Lehrkräfte. Es müßten 2442 Lehrer angestellt werden, deren Gehalt über 3 1/2 Millionen beträgt. Insgesamt sind also 46—47 Millionen notwendig, um die Umwandlung zu vollziehen; die Summe ist aufzubringen von Staat, Provinz und Gemeinde.

Reinigungsarbeiten in den Kriegswerkstätten. Paris, 24. Februar. (Sig. Ver.) Vor einiger Zeit hatte der Kriegsminister den Reinigungsarbeiten in den Artillerie-Werkstätten veranschaulicht eingeführt. Nachdem der Versuch sich bewährt hat, verordnet nun General

André die Einführung des Reinigungsarbeiten in sämtlichen Werkstätten seines Ressorts. In den 9 Stunden sind einbezogen je 5 Minuten vor Beginn und nach Schluß der effektiven Arbeitszeit zum Zwecke der Reinlichkeitspflege. Für die im Accordlohn beschäftigten Arbeiter wird außerdem ein der Arbeitsleistung entsprechendes Lohnminimum eingeführt, damit sie nichts an bisheriger Lohne einbüßen. Die Reform tritt mit dem 31. März l. J. in Kraft.

Es sei erinnert, daß Marineminister Pelletan in seinem Ressort bereits den Achtstundentag eingeführt hat.

### England.

Das Marinebudget schlägt vor, im nächsten Jahre zwei Schlachtschiffe, vier Panzerkreuzer, 14 Torpedobootzerstörer und zehn Unterseeboote zu erbauen. Der Mannschaftsbestand soll um 4000 Mann vermehrt werden.

### Rußland.

Im neuen Kischinewer Prozeß wegen der Ausschreitungen im April vorigen Jahres beträgt die Zahl der Angeklagten 68. Die des Mordes Kobans angeklagten Kotar und Subian sind freigesprochen worden, letzterer aber wurde wegen Teilnahme an den Unruhen zu einem Jahre Arrestantencompagnie verurteilt. Die Civilforderung wurde abgewiesen. Die Verhandlung wegen Ermordung der Jüdin Rosa wurde wegen Nichterscheins wichtiger Zeugen vertagt. Wegen Ermordung des Juden Ullmanns wurden zwei von den drei Angeklagten verurteilt, nämlich einer zu einem Jahr Gefängnis, der zweite zu 2 1/2 Jahren Arrestantencompagnie und Schadensersatz von 5000 Rubel an die Witwe Ullmanns. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

## Laurahütter Wahlkrawall-Prozeß.

B. Deuthen O. S., den 24. Februar 1904.

In einer zweiten Auflage wird gegenwärtig der vielörterte Laurahütter Wahlkrawall-Prozeß verhandelt, der im September vorigen Jahres über sechs oberbairische Proletarier harte, zum Teil furchtbar schwere Justizhaus- und Gefängnisstrafen brachte. Gegen 22 Verurteilte muß nun die Prozeßverhandlung wiederholt werden, weil das Kreisgericht auf erlassene Revision das erste Urteil lediglich wegen eines formalen Verstoßes gegen die Strafprozeß-Ordnung aufgehoben und die Sache an das Landgericht Deuthen zurückerwiesen hat. Von den heutigen Angeklagten sind drei in Untersuchungshaft, und zwar der Vater und der Bruder des radikalpolnischen Reichs- und Landtags-Abgeordneten Korsanty seit dem 29. Juli 1903, der Privat-Schreiber Solik seit dem 19. September v. J. Solik wurde seiner Zeit wegen Beteiligung am Aufruhr zu zwei Jahren, der Verginvalde Korsanty (Vater) zu einem Jahre, der junge Korsanty zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Von den übrigen 19 Angeklagten hatten 9, darunter zwei Anaben von 13 und 15 Jahren, Gefängnisstrafen von 7 Monaten bis zu 6 Wochen, 10 andre wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz — weil sie die aufgelöste Wählervereinsammlung nicht rechtzeitig verlassen hatten — Geldstrafen von 30 bis 60 Mark erhalten.

Die Verhandlungen leitet Landgerichts-Direktor Pilling, die Anklage vertritt Staatsanwalt Figger, während die Verteidigung in den Händen der Rechtsanwälte Dr. v. Dziembowski, Posen, v. Komedi, Posen und Dr. Adamczewski, Deuthen liegt. Zur Verhandlung, die auf zwei Tage bedreht ist, sind etwa 50 Zeugen geladen, darunter mehrere, die im ersten Prozeß als Angeklagte fungierten und jetzt aus der Strafhaft vorgeführt werden.

Nach unbehaglicher Feststellung der Personalien der Angeklagten beantragt die Verteidigung, einen der besitzenden Richter, Landgerichtsrat Ehm, der auch an der ersten Verhandlung teilnahm, als Zeugen darüber zu vernehmen, welchen Eindruck er in der ersten Verhandlung von der bei den jugendlichen Angeklagten Gudel und Wohl vorhandenen Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlungen hatte. Ebenso sollen die ehemaligen Lehrer der beiden Anaben geladen werden. Das Gericht beschließt die Ladung der letzteren, lehnt jedoch die Zeugenvernehmung des Landgerichtsrats Ehm ab, weil dieser bei einer Zeugenaussage die Pflicht der Amtsverschwiegenheit verletzen müsse, da er nicht ausfragen könne, ohne zugleich kund zu geben, wie er beim Urteilspruch gestimmt habe.

Nach der Anklage ist die äußere Veranlassung zu dem Wahlkrawall in einer Wählervereinsammlung zu suchen, die die Centrumpartei am Abend des 21. Juni, einem Sonntage, im Ludwigischen Lokale in Laurahütte veranstaltete. Es handelte sich um die Stichwahl zwischen dem radikalpolnischen Kandidaten Korsanty und dem Centrumskandidaten Leioda. Letz in Laurahütte amtierende, vielfach unbeliebte Pfarrer Schwieder hatte diese Wählervereinsammlung einberufen, sie auch im Vormittagsgottesdienste von der Kanzel verkündigt, und der bekannte Centrumsagitator Pfarrer Dr. Stephan sollte referieren. Dies und vor allem die Thatsache, daß es der polnischen wie der sozialdemokratischen Partei während des ganzen Reichstagswahlkampfes unmöglich gemacht war, in einer Versammlung zu den Wählern zu reden, daß die Centrumsagitatoren die Kirche selbst zur Agitation benutzten, überall ungehindert ihre Flugblätter verbreiteten, während die polnischen und sozialdemokratischen Flugblattverbreiter abgefaßt und bestraft wurden, hatte eine starke Erbitterung in der arbeitenden Bevölkerung des Ortes hervorgerufen, die in der Versammlung zum explosiven Ausbruch kam. Als Pfarrer Schwieder die Versammlung eröffnete, ohne die Versammelten mit dem üblichen „Gelobt sei Jesus Christus!“ zu begrüßen, ging der Lärm los, der sich bald so steigerte, daß der Pfarrer nach vergeblichen Versuchen, Ruhe zu erzielen, den auf dem Podium stehenden Gendarmen Bedert aufforderte, die Versammlung aufzulösen, worauf der Herr Pfarrer das Lokal verließ und durch den Garten nach seinem Hause ging, ohne sich um die Dinge weiter zu kümmern.

Die im Saale anwesenden Gendarmen und Amtsergeanten trieben nun die Versammelten, etwa 1200 Menschen, — der Saal saß unter normalen Verhältnissen etwa 700 Personen — auf die Straße, wo weitere Hunderte von aufgeregten Menschen standen. Die Erregung und der Lärm wurde jedoch noch ganz gewaltig gesteigert, als plötzlich Feuerlärm entstand und aus den Fenstern des Ludwigischen Lokals, dann vom Dache desselben Feuer-Marm geblasen wurde. Das zog neue Scharen Neugieriger an und als dann ein Verhafteter von Gendarmen aus dem Saale transportiert wurde, stieg die Erregung noch höher und man versuchte den Gefangenen aus den Händen der Beamten zu befreien, was auch schließlich gelang. Dabei wurden am Wege liegende Eisenersteine auf die Gendarmen, den Amtsvorsteher Schröder und seine Polizeisergeanten geschleudert, diese nach ihren Behauptungen auch mit Fäusten usw. geschlagen. Als dann die Ortsverwehre die Menge fortzusprengen suchte, stürzte man sich auf diese, schlug einige Feuerwehreute, zerschritt die Schläuche und stürzte die Spritzenwagen in den Hütteneich. Polizisten und Gendarmen zogen sich machtlos zurück und nun demolierte die erregte Menge eine größere Anzahl Fensterscheiben im Hütteneich, Hüttengasthaus und im Pfarrhause. Nach 1 1/2 stündigem unthätigem Warten ging die Polizei dann wieder vor, schoß scharf, wobei ein Kesselschmied Trafalczof getödtet wurde. Als dann noch zwei berittene Gendarmen dazu kamen, wurde die Menge auseinander getrieben, so daß das um Mitternacht eintreffende Militär die Stadt vollkommen ruhig fand.

Die heute Angeklagten bestreiten durchweg eine Beteiligung an dem Lärm, dochrufen auf Korsanty und den Gewaltthäten. Der Angeklagte Solik will den Gendarmen Bedert in der Versammlung gefragt haben, ob er ihm nicht das Wort verliessen wolle, damit er die Leute zur Ruhe ermahne. Das wurde ihm jedoch verboten, und darauf habe er sich entsetzt, will dann draußen ohne seine Schuld von einem Strahl der Feuerströme getroffen und am Auge verletzt worden sein, weshalb er vergeblich versuchte, beim Pfarrer Einlass zu finden, um diesem seine Wunde zu zeigen und ihm Vorstellungen wegen seines Auftretens zu machen. Auch die beiden Korsantys bestreiten entschieden eine Teilnahme an dem Krawall. Andre haben die Versammlung ruhig verlassen, sind auf den Feuerlärm aber zurückgekehrt, um ihre Reue zu bekunden. Dem Angeklagten Schlagga wurde in der Versammlung im Gedränge der Pfeifenlopf zerbrochen, weshalb er draußen erregt von einem Beamten Schaden-

erfah verlangte. Das Versammlungsfeld wollten die meisten trotz der Aufforderung der Beamten nicht verlassen haben, weil an den Türen ein fürchterliches Gedränge entstand, indem die Draußenstehenden in den Saal zu gelangen suchten, während die Polizei die im Saale Befindlichen hinaustrieb.

Von den als Zeugen benannten Gendarmen und Polizisten wird zugegeben, daß sich vielleicht 1200 Personen im Saale befanden, während draußen noch 2000 Personen standen; trotzdem behaupten die Beamten, daß man ohne besondere Mühe durch die Saaltüren ins Freie kommen konnte, doch hätten die Leute sich widerspenstig benommen und den Gehorham verweigert. Antisergent Krieger hat nicht den Eindruck gehabt, daß es Solitt mit seinem Anerkennen, durch eine Ansprache Ruhe zu schaffen, Ernst gewesen sei. Auf die Frage eines Verteidigers, warum er das nicht glaube, erwidert der Zeuge: „Weil Solitt Socialdemokrat ist.“ Die Beamten haben wiederholt, auch auf der Straße, die lärmende Menge zur Ruhe ermahnt. Als Polizeisergent Richter dabei drohte, die Aufrührer würden ins Zuchthaus kommen, erscholl aus der Menge der Ruf: „Wir sind ja schon im Zuchthaus.“ Die Zeugen geben auf Befragen der Verteidigung zu, daß der socialdemokratische Redakteur Haase mit Erlaubnis der Beamten eine Ansprache an die Menge hielt, in welcher er allerdings vergeblich eindringlich zur Ruhe ermahnte.

Antisvorsitzer Schröder giebt eine Darstellung der Vorgänge im Sinne der Anklageschrift. Die Frage der Verteidigung, ob er Gastwirth beinflusst habe, den Polen und Socialdemokraten die Versammlungsfelder zu verweigern, verneint Zeuge. Auch befreit er, infolge rauen Auftretens bei Beamten und Publikum unbeliebt zu sein und behauptet, bei den Arbeitern fogar sehr beliebt zu sein. Von polnischer Seite seien ausführende Flugblätter gegen Polizei und Geistlichkeit verbreitet worden, weshalb er schon vor der Versammlung einen Kravall vorausahnd und die Feuerwehre zur Unterstützung der Polizei bestellte. Auf die Frage eines Verteidigers, ob es unter solchen Umständen nicht unvorsichtig vom Pfarrer Schwieder war, die Centralversammlung zu berufen, meint der Zeuge, daß an anderen Orten doch auch solche Versammlungen stattfanden. Zeuge giebt zu, daß Pfarrer Schwieder nicht sehr beliebt sei. Solitt sei früher socialdemokratischer „Führer“ gewesen sei, aber von der Partei „gewimmelt“ worden.

Der Brandmeister der Feuerwehre, Scharnhornfegermeister Drobiz, will gehört haben, daß der alte Vorsitz den lauten Ruf: „Leute, laßt Euch nicht!“ ausgestoßen habe. Die auffällige Thatsache, daß ein Feuerwehmann mit einem Signalhorn in der Versammlung war, sucht Zeuge damit zu erklären, daß auf Anordnung des Antisvorsitzers die Feuerwehre in voller Ausrüstung zur Unterstützung der Polizei einderufen war.

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

Wie das Auftreten der Ärzte gegen die Kassen von unparteiischen Beobachtern gewürdigt wird, das zeigt eine Artikelreihe des Dr. Waldemar Zimmermann in der „Socialen Praxis“. Die Artikel sind nicht dem Streite der Ärzte gegen die Kassen gewidmet; sie behandeln unter dem Titel „Gerechtigkeit“ die Willen unserer Rechtsprechung, deren der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse so zahlreiche duffige Zeugnisse. Zimmermann hat in den beiden ersten Artikeln eine große Anzahl der auffälligsten Urteile gegen Streikende zusammengestellt und giebt nun im letzten Artikel folgenden Vergleich:

„Das ist das Fazit der bisherigen Untersuchung: Der Arbeitswillige ist ganz nach dem Sinne der Arbeitgeber, auch für die Justiz ein Staatsbürger bester Rechts, wie der Streikende oder Organisierte ein Bürger minderen Rechts. Freilich hat diese keine Unterscheidung der Rechtsprechung gegenüber Streikenden und Arbeitswilligen bisher nur Anwendung auf die Kämpfer des Protestariats gefunden. Arbeitskämpfe anderer Stände, z. B. die „Lohnbewegung“ der Ärzte, sieht der Richter mit durchaus anderen Augen an. Für das Organisationsstreben dieser Kreise giebt er ein anderes Verhältniß als für die Arbeiter. Auger dem oben bereits geschilderten Fall vergleiche man jene Ankündigung einer Sperre durch die Stettiner Gasenarbeiter, in der der Staatsanwalt bereits ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung fand, mit folgendem Inerat in der größten Stuttgarter Zeitung: „Gebt Euch! Ich warne vor der im Sonnabendblatt erschienenen Annonce der Kölner Krankenkassen. Es werden nicht circa 50 Ärzte, sondern ca. 50 Streikbrecher gelockt.“ Für den Leipziger Verband: Dr. Bauer, Stuttgart, Nechbergstr. 4.“

Auch gewisse Mitteilungen, die das „Sächsische Volksblatt“ aus einem Vortrage des Vorsitzenden des Verbandes zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Ärzte Deutschlands verbreitete, sind interessant für die vergleichende Justizkunde. Der Vorsitzende erklärte auf die damals an 25 bis 30 Blättern in Deutschland bestehende Differenzen zwischen Ortskrankenkassen und Ärzten hinweisend: „Streng werde der Verzevband gegen die Streikbrecher vorgehen.“ (1) Davon nimmt kein Staatsanwalt Notiz. Und ein führendes Ärzte-Organ schrieb:

„Die Ärzte Sachens sind sich samt und sonders der großen ernsten Zeit bewußt. Keiner wird sich verleiten lassen, ehelos den bedrohten Kollegen, denen ihre Einigkeit alles macht, in den Rücken zu fallen! Ein jeder halte aber auch nach außen die Augen offen und suche Ärzte, die aus Rot, Unwissenheit oder gar aus unsäuerlichen Beweggründen auf abschüssige Wege getrieben werden sollten, mit allen Mitteln von Leipzig fernzuhalten!“

Und über den Kölner Ärztestreik berichtet der „Correspondent“ am 26. Januar 1904 folgendes:

„Die hinzugezogenen Ärzte sind in den Hotels nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, die Wohnungen sind ihnen abgetrieben und noch andre Hilfen denjenigen bereitet worden!“

All das geschieht straflos. Das Wort: „Schwerste Strafe demjenigen, der Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten sucht!“ scheint also nur für die Lohnarbeiter, die den schwersten Kampf ums Brot zu führen haben, Geltung zu haben, nicht für die Ärzte. Freilich, die Koalitionsparagrafen sprechen bei Nennung der Gewerbetreibenden nicht ausdrücklich (§ 6 G.O.) auch von den „Medizinalpersonen“, mögen diese auch sonst der Gewerbe-Ordnung in den wesentlichsten Fragen des Standes und Berufes unterliegen; bei Entstehung der Gewerbe-Ordnung ahnte der Gesetzgeber noch nichts von Ärztestreik. Aber es würde doch seiner Ansicht widerstehen, den zum Schutze der Arbeitswilligen vorgesehenen § 153 der Gewerbe-Ordnung in engem Rahmen ansatz in weitgehender Weise auszulagern, entschied bekanntlich das Oberlandesgericht Köln. Ja, wenn es organisierte Arbeiter wären! Für Ärzte aber gilt wenigstens in Sachen von Gewerbetreibenden eine Bestimmung (§ 15 der Standesordnung), wonach Ärzte, deren Honorarforderungen, ungeachtet des „Gutachtens“ des Bezirksvereins, dem Begriffe des Vereins über die „Standesethre“ zuwiderlaufen, einfach auf Vereinsbeschluß vor das ärztliche Ehrengericht gestellt werden. Was den Ärzten von Gewerbetreibenden geboten, das anzustreben grenzt bei den Arbeitern an Verbrechen.“

Wir wünschen nicht, daß die Ärzte vom Staatsanwalt behandelt werden, wie streikende Lohnarbeiter leider behandelt worden sind; wir vergleichen sie nicht einmal mit streikenden Lohnarbeitern. Die Ärzte selbst aber bezeichnen sich als streikende Lohnarbeiter, und sie haben sich als Meister des sogenannten Terrorismus gezeigt. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn solche Vergleiche angestellt werden.“

Ein Kapitel aus dem ärztlichen Kampfe wurde noch jüngst im badischen Landtage verhandelt. Der demokratische Vertreter der Stadt Konstanz erhob Beschwerde gegen das Ministerium, weil es zu Gunsten der Landkrankenkassen des Kreises Konstanz Stellung gegen die Ärzte genommen habe. Der Minister Schupke erwiderte ihm, daß das Verhalten der Regierung seine Begründung finde in den durchaus unangemessenen und übertriebenen Forderungen der

Ärzte, die der Abgeordnete der Ärzte angzuführen unterlassen habe. Nachdem nämlich die Krankenkassen, die in der Honorarfrage ein anerkanntwertes Entgegenkommen gezeigt hatten, die Forderung einer zweijährigen Karenzzeit und der Mitgliedschaft der Kassenärzte zum Kreisverein abgelehnt hatten, sagte letzterer den nicht unbedenklichen Beschluß, innerhalb der vertraglosen Zeit die doppelte Sätze der preussischen Gebührenordnung in Anrechnung zu bringen; bei Durchführung dieser Drohung wäre bei der Abgeschlossenheit einzelner Gemeinden des Kreises Konstanz ein einzelner ärztlicher Besuch auf 20 bis 25 M. gekommen, was einen völligen Ruin der rein ländlichen Krankenkassen innerhalb kurzer Zeit herbeigeführt hätte. Dazu kam noch, daß die Mehrzahl der Ärzte ausdrücklich erklärten, „sie würden unter Umständen jegliche Hilfe auch in dringenden und dringendsten Fällen verweigern“. Gegenüber dieser Sachlage hielt sich die Regierung im Interesse der ärmeren Bevölkerung und durch die Vollzugsverordnung zum Krankenversicherungs-Gesetz für verpflichtet, den Bezirksrat anzuweisen, im Notfall die Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder zur einfachen Minimalrate der preussischen Gebührenordnung zu übernehmen. Gleichzeitig wurde gegenüber solchen Ärzten, die in dringenden und dringendsten Fällen die Hilfe verweigerten, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen Verletzung der Berufspflichten angedroht. In der Besprechung wurde das Vorgehen der Regierung von Vertretern aller Parteien gebilligt und die Hoffnung ausgesprochen, die Ärzte möchten unter Fernhaltung aller ungerechtfertigten und unerlösten Forderungen an dem bisher beobachteten guten Einvernehmen mit den Krankenkassen festhalten. Die Vertreter des badischen Ärztestandes werden sich, so bemerkt dazu die „Kölnische Zeitung“, der wie diesen Bericht entnehmen, nur nicht länger mehr der Einsicht verschließen können, daß für das Ansehen ihres Standes nichts nachteiliger wirken dürfte als eine Ueberbannung ihrer Forderungen.“

Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Kölnischen Krankenkassenkreisen geschrieben:

„Die am Sonntag gefallene Aeußerung: es seien alle Ärzte von auswärts abgehunden, trifft durchaus nicht zu. Außer dem Herrn Dr. Kuhlmann sind noch sämtliche Ärzte hier und ist auch noch keiner geneigt, sich abfinden zu lassen. Auch üben die Ärzte die Kassenprovis noch aus, jedoch unter erschwerten Umständen, da am Montag die Apotheker sich gegenseitig beim Verordneten Juchse verpflichtet haben, kein Rezept der neuen Ärzte, auch kein dringendes, mehr anzufertigen. Wer unter diesen Umständen die Verantwortung bei etwaigen dadurch herbeigeführten Todesfällen oder schwerer Schädigung an Leib und Leben übernimmt, bleibt dahingestellt. Durch den sogenannten Notstand im Anfang Januar ist kein Mensch umgekommen, ob dies bei den jetzt geschaffenen Zuständen auch der Fall sein wird, ist eine andre Frage.“

Der Oberbürgermeister von Solingen hat der Allgemeinen Orts-Krankenkasse aufgegeben, bis zum 2. März noch weitere zehn Ärzte anzustellen, weil nach Ansicht der Aufsichtsbehörde sieben Ärzte zur Behandlung der Kassenmitglieder nicht genügt. Die Behörde hat sich eine famose Rechnung zurecht gemacht, um der Allgemeinen Orts-Krankenkasse den Damm auf Auge brücken zu können. Sie rechnet aus, daß auf 7800 Kassenmitglieder circa 10 000 Familienangehörige kommen, so daß im ganzen 24 000 Personen in Frage kommen, die von den beamteten Ärzten zu behandeln seien.

Bei der Gelegenheit teilt die „Vergische Arbeiterstimme“ die interessanten Thatsache mit, daß in Remscheid für 9000 Kassenmitglieder und ihre Familienangehörigen acht Ärzte zur Behandlung vorhanden sind und allgemein als genügend erachtet werden.

Die Vereinbarungen in Magdeburg, denen nuncmehr auch die Ärzte zugestimmt haben, lauten:

Der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Magdeburg, der einer Einladung des Herrn Regierungspräsidenten zur Beratung über den augenblicklichen Konflikt mit der Ärzteschaft gefolgt war, erklärt, nachdem der Ärzte-Ausschuß die Forderung der Entlassung des Rentanten Wendlandt fallen gelassen hat, getragen von der Absicht, seinerseits zur Beilegung des Konflikts das weiteste Entgegenkommen zu beweisen, folgendes:

1. Wir sind bereit, den Angestellten der Kasse das dienstliche Verbot zu erteilen, in Zukunft irgend welche Aeußerungen der überragenden Jubelst über die Ärzte der Kasse der Öffentlichkeit zu übergeben. Zuwiderhandlungen dagegen werden wir mit einer Verwarnung im Sinne des § 1 Absatz 3 Nummer 3 des Dienstvertrages bestrafen. Ob eine Verzeidigung vorliegt, darüber entscheidet auf Beschwerde eines der Verzeidigten gegen die Entscheidung des Vorstandes ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Vertreters der Aufsichtsbehörde. Der Antrag auf Verzeidigung des betreffenden Angestellten muß binnen vier Wochen, nachdem die Verzeidigung zur Kenntnis des Betroffenen gelangt ist, beim Kassenvorstand schriftlich gestellt werden. Die Annahme des Schiedsgerichts muß binnen zwei Wochen nach Zustellung der Entscheidung des Vorstandes erfolgen. Das Schiedsgericht soll in der Weise gebildet werden, daß die Ärzte zwei Personen, die nicht zu den Magdeburger Kassenärzten gehören, und der beteiligte Angestellte ebenfalls zwei Personen, welche nicht Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse sein dürfen, benennen.

2. Wir sind bereit, dem Rentanten Wendlandt aus Anlaß des Falles Dr. Friedrich eine Verwarnung im Sinne des Dienstvertrages zu erteilen, da dies bisher nicht geschehen ist, weil die Vorstandsmitglieder sich über die Bedeutung des den Ärzten unter dem 8. Februar mitgeteilten Beschlusses im Zweifel befanden.

Das Auftreten des Wendlandt in der Verhandlung vom 5. Juli 1903 mißbilligen wir wiederholt. Ihm eine Verwarnung im Sinne des Dienstvertrages deshalb zu erteilen, halten wir uns jedoch nicht für berechtigt, da Wendlandt damals nicht in unserm Auftrag und nicht als unser Angestellter gesprochen hat.

3. Wir erwarten, daß nuncmehr die Ärzteschaft bis zum demnächstigen Abschluß eines neuen Vertrages das bisherige Provisorium wiederherstellt, wobei allerdings, worauf seitens des Herrn Regierungspräsidenten besonderer Wert gelegt wird, eine längere als dreitägige Kündigungsfrist wünschenswert sein würde.

Das „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht die Fragebogen, die zur Erhebung über die Arbeitszeit im Binnen-Schiffahrts-Gewerbe angefertigt worden sind. Die Erhebung, die in der Zeit vom 15. bis 25. September vorgenommen werden soll, wird die drei Hauptbetriebsarten: Fährbetriebe, Dampfschiff-Unternehmen und Segel- bez. Schleppschiffbetriebe umfassen. Von den beiden ersten Betriebsarten sollen etwa 20 Prozent, von der letzten etwa 10 Prozent befragt werden.

## Verfammlungen.

Folgende Erklärung geht uns mit dem Ersuchen um Abdruck zu: In der Nummer 46 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 24. Februar 1904, ist ein Verfammlungsbericht enthalten, der, wenn er nicht weiter besprochen wird, zu der Annahme Veranlassung geben kann, als hätte hier in diesem Falle die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften etwas gethan, was vom Standpunkt der Socialdemokratie, sowie dem der socialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung als unannehmliche Handlung zu bezeichnen wäre. Der Bericht giebt die Vorkommnisse einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung wieder, die seitens des Centralverbandes der Stukkateure, Filiale Berlin, einberufen war. (Zugleich siehe Inzerate im „Vorwärts“ vom Freitag, den 10. und Sonntag, den 21. Februar.) In dieser Versammlung drehte es sich lediglich darum: darfeine Streikbrecher-Organisation im Berliner Gewerkschaftskartell Aufnahme finden usw.

Es ist nun aus dem Bericht zu ersehen, daß das Berliner Gewerkschaftskartell als Angelegter fallen gelassen ist, an dessen Stelle aber durch die Auflösung, die ich selbst gab, die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften als Definaquent durch eine am Schlusse des Berichtes enthaltene und angenommene Resolution „gerichtet“ worden ist.

Ich erlaube mir nun hier an alle noch unbefangenen Parteigenossen die Frage zu stellen: Ist es eines Parteigenossen oder socialdemokratischen Gewerkschaftlers oder einer solchen Institution unwürdig, eine Organisation, die ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet wurde, vernünftige Versammlungsbeschlüsse, die in öffentlicher Versammlung gefaßt sind, autoritär zu machen und den Kampf der Arbeiter zu verhindern, die also eine offene Streikbrecher-Organisation ist, dazu zu bewegen und zu veranlassen, von diesem Treiben abzulassen und sich auf den Boden des socialdemokratischen Gewerkschaftsgedankens sowie den der politischen Partei zu stellen? Um diese Frage einzig und allein kann es sich aber in diesem Fall drehen und um nichts andres.

Ich gebe ohne Umschweife zu, daß die Freie Vereinigung der Stukkateure Berlins und Umgegend und ein Teil ihrer Mitglieder nach dem vorliegenden Material die gemachten Vorkäufe, Streikbrecher zu sein, verdient haben und doch gefesse ich mit Stolz und spreche es mir als ein Verdienst zu, einer dergleichen zu sein, der dabei mitgewirkt hat, den Leuten ein Organisations-Statut zu schaffen, wie es jede andre sich mit recht „modern“ neumende Organisation nicht besser aufzuweisen hat, auch in dieser Vereinigung einen Vortrag gehalten zu haben, in dem das socialdemokratische Parteiprogramm behandelt und die sich an dieses anlehnende Programm-Resolution und andre grundlegende Bestimmungen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften in stark besuchter Versammlung zur einstimmigen Annahme gebracht zu haben. (Wenn unser Programm wie sonstige Bestimmungen nicht bekannt sind, siehe Nr. 9 „Die Einigkeit“, es hier abzufragen, mite ich der Redaktion des „Vorwärts“ des Raumes wegen nicht zu.) Welcher Agitator und Organisator, ganz gleich ob Verbändler oder freier Centralist, bietet nicht alles auf, was in seinen Kräften ist, um überhaupt Personen, die indifferent sind, der Organisation zuzuführen zu dem Zweck, Einfluß auch auf diese Leute zu gewinnen und wie viel mehr wert ist es, wenn es möglich ist, dem Unternehmertum ein Schicksal abwendig zu machen? Das ist in diesem Falle nur von mir geschehen. Es wird in Zukunft aber Aufgabe der Geschäftskommission sein, darüber zu wachen, daß aus dieser Organisation, die jetzt der Lokalverband der Stukkateure Berlins und Umgegend heißt, eine gute und wohl-disciplinierte Arbeiterorganisation werde. Und wenn es mir noch einmal im Leben vergönnt sein sollte, die Streikbrecherorganisation der Berliner Accordmaurer im Sinne der Berliner Maurerbewegung umzugestalten und bei ihnen unsere Statuten, die des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend zur Anerkennung zu bringen, dann würde ich noch mehr stolz sein und ich glaube bestimmt annehmen zu dürfen, daß von keiner Seite hiergegen Protestverfammlungen einberufen würden, sondern jeder organisierte Maurer seht den Tag herbei, daß diese Aufgabe einmal, ganz gleich von welcher Seite sie unternommen wird, gelingen möge. Also hat auch in diesem Falle die Geschäftskommission bis heute nichts zu bereuen oder rückgängig zu machen. Sollten die Stukkateure des Lokalverbandes nicht alles erfüllen, was zum Wohle der gesamten Kollegenchaft sowie der socialdemokratischen Arbeiterschaft dient, dann wissen auch wir selbst unsere Maßnahmen zu treffen. Frig Kater.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bauernunruhen in Ungarn.

Budapest, 25. Februar. (B. Z. O.) Im Komitat Belovoc-Kreuz (Kroatien) kamen in letzter Zeit in mehreren Ortschaften Unruhen wegen der Gemeindefelder vor. Gestern nahm die Bewegung in der Ortschaft Bitomaca einen ersten Charakter an. Ein großer Teil der Ortsbewohner griff das Gemeindeamt an, worauf die Gendarmerie von der Waffe Gebrauch machte. Hierbei wurde eine Person getötet, drei erlitten Verletzungen. Die Behörden haben Vorkehrungen zur Abwehr weiterer Ausschreitungen getroffen.

### Unterhaud.

London, 25. Februar. (B. Z. O.) Gibson Bowles fragte bei der Regierung an, ob sie weitere Nachrichten in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Krieges auf dem Balkan erhalten habe, und ob der neuere auf den Gegenstand bezügliche Schriftwechsel veröffentlicht werden könne. Premierminister Balfour erwiderte, es würde nicht im öffentlichen Interesse liegen, gegenwärtig eine Erklärung hierüber abzugeben oder weitere Schriftstücke zu veröffentlichen.

In Verantwortung einer Anfrage bezüglich der angeblichen Abfiat, auf Tension 325 russische Matrosen, welche nach der Seeschlacht von Tchemulpo zuflucht auf einem britischen Kriegsschiff suchten, zurückzuhalten, erklärte Unterstaatssekretär Carl Percy, daß unter den gegenwärtigen Umständen und bis irgend ein andres Uebereinkommen durch gegenseitige Zustimmung getroffen sei, die Regierung es für das beste hielte, die Verpflichtungen einer neutralen Macht zu erfüllen, indem man diese Leute auf englischem Gebiet interniere, bis der Krieg zu Ende geführt sei. Die japanische Regierung habe indessen mitgeteilt, sie sei gern bereit zu gestatten, daß die Leute nach Rußland zurück-fren, wenn sie ihr Ehrenwort gäben, daß sie an dem Kriege nicht mehr teilnehmen würden.

Gibson Bowles fragte sodann, ob die Regierung eine Nachricht darüber hätte, daß zwischen Deutschland und Rußland zur Zeit Verhandlungen schwebten bezüglich eines Abkommens, nach welchem als Gegenleistung für gewisse Vorteile, welche Rußland seitens Deutschlands während der Dauer des Krieges eingeräumt würden, Rußland sich verpflichtete hätte, Deutschland hinsichtlich des Baues der Bagdad-Eisenbahn und hinsichtlich der allgemeinen Ausdehnung einer deutschen Vorherrschaft in Kleinasien zu unterstützen.

Unterstaatssekretär Percy antwortete: Nein.

### Die Kischinwer Depesche.

Kischinew, 25. Februar. (B. Z. O.) Im zweiten Prozeß wegen der Ausschreitungen im April vorigen Jahres wurden die Gebrüder Petresko zu je vier Jahren Zwangsarbeit wegen Vorbes an Jzso und Judso Krupnik und wegen Verwundung Usharickis verurteilt. Die Zivilforderung wurde abgewiesen.

Stettin, 25. Februar. (B. Z. O.) Der Kassenrentant der benachbarten Gemeinde Alt-Jahrze, Josef Wollke, der seit 6 Jahren im Amte war, ist, wie der „Oberländische Wanderer“ meldet, nach Unterklagung von etwa 32 000 M., die gestern in größeren Zahlungen eingegangen waren, fähig geworden.

Petersburg, 25. Februar. (B. Z. O.) Amtlich wird gemeldet, daß General Flug aus Port Arthur vor heute berichtet: Von 1-1/2 Uhr morgens griff der Feind von neuem Port Arthur an und wurde auf der ganzen Linie abgeschlagen.

Reichstag.

42. Sitzung. Donnerstag, 25. Februar 1904, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky, Dr. Rieberding, Budde.

Das Gesetz über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen wird in dritter Lesung debattiert und angenommen.

Darauf wird die zweite Staatsberatung fortgesetzt beim Extraordinarium des Staats für die Verwaltung der Eisenbahnen.

Für die Anlage eines Rangierbahnhofes bei Straßburg und zum viergleisigen Ausbau der Strecke Straßburg-Bendenheim werden als fünfte Rate 2.000.000 M. gefordert. Die Budgetkommission beantragt 400.000 M. von der Summe zu streichen.

Verichterstatter Abg. Nebel beantwortet den Antrag der Kommission, Abg. Schlumberger (natl.) und Eisenbahnminister Budde die Regierungsvorlage.

In seinem Schlusswort verwarf sich Abg. Nebel dagegen, daß der Abg. Schlumberger ihn persönlich angezapft habe; er könne jetzt nur objektiv als Berichterstatter der Kommission, nicht für seine Partei oder Person sprechen.

Präsident Graf Ballestrem: Zu meinem großen Bedauern habe ich überhört, daß der Herr Abgeordnete Schlumberger den Referenten persönlich angezapft hat. Ich schreibe gegen jeden Referenten ein, der aus seiner Stellung als objektiver Berichterstatter heraustritt, bitte nun aber auch die Herren Kollegen, die Referenten nur als solche zu betrachten und nicht in ihrer Stellung als Politiker. (Bravo!)

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen. Zur Erweiterung des Bahnhofes Colmar fordert die Regierung als fünfte Rate 1.500.000 M.

Die Kommission beantragt, nur 1.200.000 M. zu bewilligen. Abg. Schlumberger (natl.): Dieser Abstrich ist — ich will nicht sagen: eine Tilsane, aber doch eine kleine Sache. (Heiterkeit.) Warum capriciert man sich darauf? Bewilligen Sie die volle Summe!

Minister Budde erklärt, durch den Abstrich werde die Fertigstellung des Bahnhofes unliebsam verzögert.

Das Haus beschließt nach dem Kommissionsantrag. Der Rest des Extraordinariums wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt, ebenso debattiert die Einnahmen. Damit ist der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des Justiz-Etats.

Dazu liegen sechs Resolutionen vor: eine auf Vorlegung eines Heimstätten-Gesetzes, drei Resolutionen auf Regelung der Entschädigungspflicht für durch Automobile angerichtete Schäden, eine Resolution über Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker und eine Resolution über die Behandlung politischer Gefangener.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß ein Antrag Gröber eingegangen sei, wonach in der Debatte zunächst folgende Resolutionen nach einander gefordert behandelt werden sollen: über das Heimstätten-Gesetz, über Automobile und über die Forderungen der Bauhandwerker. Der Präsident fügt hinzu, daß er gegen eine solche Absonderung nichts einzuwenden habe.

Abg. Bergmann (fr. Vp.): Ich habe nicht gehört, daß auch meine Resolution über die Behandlung politischer Gefangener in dem Antrage Gröber erwähnt sei.

Präs. Graf Ballestrem: Nein, die ist nicht darin enthalten.

Abg. Bergmann: Dann beantrage ich, auch diese Resolution in den Antrag aufzunehmen.

Abg. Dausle (Soc.): Ich bitte, nach Erledigung der genannten Resolutionen als einen besonderen Gegenstand zur Debatte zu stellen die reichsgesetzliche Regelung des Fremdenrechtes in Zusammenhang mit dem Königsberger Geheimbunds-Prozesse.

Präs. Graf Ballestrem: Auch gegen diesen Antrag habe ich nichts einzuwenden. Die Fragen werden doch behandelt. Ich glaube, wir können rascher vorwärts, wenn wir sie gesondert behandeln.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich bitte über die einzelnen Anträge gesondert abstimmen zu lassen. (Allo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Riepenhausen (L.): Wir stimmen dem Antrage Gröber zu. In der Abstimmung wird beschloffen, über sämtliche fünf genannten Materien nacheinander gesondert zu debattieren. Gegen die abgeforderte Behandlung des Fremdenrechtes und des Königsberger Processes stimmt die Rechte.

Das Haus tritt nunmehr zunächst in die Besprechung der Resolution v. Riepenhausen (L.) — Bachem (C.) — Frhr. v. Pöhl (natl.) — Stodmann (Rp.) ein:

„Dem Reichstage in der nächsten Session einen Heimstätten-Gesetzesentwurf für das Deutsche Reich zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen.“

Abg. v. Riepenhausen (L.): Drei Männer haben die Bahnen vorgezeichnet, in denen wir heute wandeln, der Freiherr v. Heeremann, v. Bennigsen und der große Schweizer, Feldmarschall Molke. Diese Männer haben erkannt, wie wertvoll ein Stückchen Erde für den Menschen ist. Tief bedauere ich es, daß wir auf diesem Wege so wenig weit vorwärts gekommen sind. Die Regierung hat sich lange Zeit gelassen. Was haben seit dem Reichstagsbeschlusse vom 17. Februar 1892 zwei Reichslanzler getan? Der Reichstag hat die Frage nicht von seiner Tagesordnung verschwinden lassen. Gabelnd es sich hier um das Recht einer Klasse? Nein, jeder Deutsche soll nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht haben, eine Heimstätte zu begründen. Hunderttausende von Frauen werden sich auch eine gesicherte Heimstätte verschaffen wollen. Wir sind als Reichstag ja von dem Wunsche der Regierung abhängig und können nichts ohne sie. Aber jetzt haben wir eine doppelte Waffe: Wir werden außer dieser Resolution einen vollständigen Gesetzesentwurf einbringen, der wörtlich aus früheren Reichstags-Kommissionsberichten stammt. Ich verstehe diese Politik des Zauderns nicht. Ehrliche Gegner sind mir hundertmal lieber als fogenannte laue Freunde, die die Sache dilatorisch hinziehen. Eine Autorität sagte: Wir wollen wieder ein deutsches Recht, einen gesicherten Unterbau für unsere Wirtschaft, ein gesundes Familienleben. Niemand wird die Berechtigung des Geheimrats Strauch v. Tornow bestreiten. (Lachen links.) Ihr Lachen irritiert mich nicht. Wer auch lacht, ist mir gleichgültig. Aus meiner Ruhe kann mich niemand bringen. Imponieren thut's mir erst recht nicht.

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte, keine Privatgespräche zu führen. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Riepenhausen (fortsetzend): Was haben wir alles für die Arbeiter getan. In Frankreich hat man mir gesagt: Wir sind nicht reich genug, um derartig kolossale Summen herzugeben zur Besserung des Lohnes der Arbeiter. Aber unser Gesetz soll für das ganze Volk sein. Mancher Großgrundbesitzer wäre zufrieden, wenn er eine kleine gesicherte Heimstätte sein Eigen nennen würde und aus den Lasten und Gefahren des Großgrundbesitzes herauskäme. Durch die Heimstätten-Gesetzgebung werden die sozialen Gegensätze abgeschafft. (Zwischenruf bei den Socialdemokraten: Im Gegenteil.) Es ist bekannt, daß der Herr Präsident keine Privatgespräche liebt; ich werde mich also durch Ihre Zwischenrufe nicht dirigieren lassen. (Lebhafte Heiterkeit.) Ihren Terrorismus kennen wir ja (Lachen rechts links), aber wir werden unser Hausrecht wahren. (Stürmische Heiterkeit.) Sie (zu den Socialdemokraten) sind doch auch keine Uebermenschen (Stürmische Heiterkeit), auch nicht wenn Herr Gothein mitleidet. (Langanhaltende Heiterkeit.) Abg. Gothein: Soll ich denn darüber weinen? Unter den heutigen Verhältnissen zeugt das Land einen nicht unerheblichen Prozentsatz berer, die in der Stadt verdrängt werden. Was da für

Charaktere entstehen, zeigt Jola in seinem Roman „La Terre“. Das sind die Folgen der absoluten Teilbarkeit, der absoluten Verschuldbarkeit von Grund und Boden! Dann kommt der Eifer, der Hunger nach einem Stückchen — Stückchen — Stückchen Erde. (Heiterkeit.) Schriftführer Pauli-Potsdam (L.) begiebt sich von seinem Platz am Präsidialtisch zur Rednertribüne, um zu erfragen, wieviel Aktienmaterial der Redner noch habe. Als aber Pauli noch zahlreiche Aktienbündel bemerkt, macht er eine verzweifelte Geberde und eilt zu seinen Reaktionsgenossen, um sie von der Situation zu verständigen.) Redner kreuzt die Arme über der Brust und sagt: Heute werden die Städte mit Proletariat überfällt. Das führt der Socialdemokratie neues Blut zu. Das Gesetz aber ist der Sieg über die Sitte. (Vizepräsident Graf Stolberg erhebt sich und legt die Hand an die Glocke.) Als Redner darauf die Verlesung einer neuen Drohschüre beginnen will, unterbricht ihn

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe Ihren Verlesungen bisher den weitesten Spielraum gelassen. Ich bitte Sie aber doch wegen der Geschäftsfrage des Hauses, das Verlesen nicht allzuweit auszudehnen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Riepenhausen: Dann werde ich jetzt nicht mehr verlesen, sondern referieren. (Große Heiterkeit. — Glocke des Vizepräsidenten. — Da Herr v. Riepenhausen eine neue Unterbrechung seitens des Vizepräsidenten erwartet, steht er eine halbe Minute lang wortlos da und sieht starr nach der Uhr. — Es ist 1/4 Uhr.) Dann fährt er fort: Ich bin kein Redner! Der Starke ist am mächtigsten allein! Aber es giebt doch mehr Schwäche als Stärke! Das neue Verlesungsgesetz hat den kleinen Grundbesitz aufgelöst, das Land entvölkert. (Ein Abgeordneter der Rechten ist so gelangweilt, daß er ein grün-weißes Kissenplatat ausbreitet, dessen erste Worte lauten: „Großes Extra-Militärkonzert.“) Aber Glauben und Vertrauen müssen sich wieder zu einander hingezogen fühlen! Ein neues Heimstätten-Gesetz im Deutschen Reich würde weit über die Grenzen des Reiches hinaus gehört werden. Innerhalb Deutschlands müßte das Heimstättenrecht decentralisiert und der Eigenart jeder einzelnen Provinz angepaßt werden. Die Heimstätten arbeiten der Schichtenbildung entgegen. Schichtenbildungen führen zu gewaltigen Spannungen. Die will ich vermeiden. (Heiterkeit.) Jeder hat ein Recht auf eine Heimstätte. Hier im Saal ist niemand ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Der erwähnte Abgeordnete der Rechten breitet eine Reihe weiterer Platate von gewaltigem Umfange aus und zeigt sie seinen Nachbarn.) Die Heimstätte soll ein Ruhepunkt sein auch für den Lebensmüden. Ich gehe noch viel weiter: auch jeder, der jahrhundertlang dem Vaterlande den Rücken gekehrt hatte, hat das Recht auf eine Heimstätte in der Heimat. Je mehr Heimstätten, um so stärker ist die Regierung, um so sicherer die Monarchie! Der Heimstätten-Gesetzesentwurf muß so bleiben, wie er von uns gefaltet ist. Entfällt darf er nicht werden. Er ist auch so kurz, daß jede Zeitung ihn abdrucken kann. (Heiterkeit.) Redner nimmt Uhr und Uhrlette, die er vor sich hingeliegt hatte, steckt die Uhr in die Westentasche, knüpft seinen Rock zu und schließt: Mag die Regierung uns bald ein Heimstätten-Gesetz geben, im Interesse unsrer Kinder und Kindeskinde! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Wenn in den Ausführungen des Vorredners der Vorkurz gegen die Regierung liegen sollte, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung des kleinen Grundbesitzes nicht anerkennt, so muß ich dagegen Verwahrung einlegen. Die Regierung wird aber keinen Weg wählen, der nach ihrer Ueberzeugung erfolglos sein muß. Als 1893 eine lebhafteste Bewegung für ein Heimstätten-Gesetz einsetzte, haben die verbündeten Regierungen sich sagen müssen, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Centralvereine Deutschlands dieser Bewegung ablehnend gegenüberstanden. (Hört! hört!) Der deutsche Landwirtschaftsrat riet entschieden von einer Intervention des Reiches ab und wollte die Frage der Landesgesetzgebung überweisen wissen. Angesichts dieser Thatlage haben die verbündeten Regierungen den früheren Beschlüssen des Reichstages keine Folge geben zu sollen geglaubt. Mancherlei von dem, was der Vorredner wünscht, wird ja erreicht durch die Gesetze über die Bildung von Rentengütern, durch das Auerbenedicti- und die seit Jahren bestehenden im preussischen Landwirtschaftsministerium Ertragungen über die Frage, wie man praktisch der Entschuldung der kleinen Grundbesitzer näherzutreten könne. Sowie mir bekannt, sind diese Beratungen noch nicht abgeschlossen. Wenn der Vorredner die Güte gehabt hätte, seine Darlegungen statt beim Reichs-Justiz-Etat beim preussischen Landwirtschafts-Etat zu machen, so würde er dort wahrscheinlich besser orientiert worden sein. Nur die landwirtschaftlichen Verwaltungen der Einzelstaaten können prüfen, inwieweit ein Gesetz den Bedürfnissen der kleinen Grundbesitzer Rechnung trägt. Ich konstatiere, daß in den letzten acht Jahren weder von seiten irgend einer deutschen Regierung Anträge auf gesetzliche Regelung der Heimstättenfrage an den Reichslanzler ergangen sind, noch auch von seiten der landwirtschaftlichen Interessenten-Vertretungen. (Hört! hört!) Das erklärt unsere abwartende Haltung doch zur Genüge. Wenn aber das hohe Haus die Resolution Riepenhausen annimmt, so wird die Regierung ihr sicher ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

Abg. Gothein (fr. Vp.): Wenn man das Interesse des Hauses an diesem Gegenstande nach der Aufmerksamkeit beurteilen würde, die die — interessanten Ausführungen des Herrn Vorredners hier gefunden haben, so müßte man auf ein sehr geringes Interesse schließen. Vielleicht hält Herr Riepenhausen seine mit Klauistik und Ehre schon zumalungeliebte Rede (Heiterkeit) im Abgeordnetenhaus noch einmal, dort findet er wohl mehr Aufmerksamkeit. Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat es ja wenig Wert, diese Debatte noch fortzuführen. (Sehr richtig! rechts.) Aber es ist doch nötig, unsere gegnerische Auffassung darzulegen. — Wer trägt denn die eigentliche Schuld an den traurigen Besitzverhältnissen, die der Antrag Riepenhausen beseitigen will? Der Großgrundbesitzer war es, der im 16. und 17. Jahrhundert mit brutaler Gewalt die Vergewaltigung der Bauern vollzog, ohne daß sich eine Regierung fand, die dagegen einschritt. Als noch Ernst Rortig Arndt nachdrücklich seine Stimme gegen den empörenden Unfug des Bauernlegens erhob, da war die Folge, daß der Großgrundbesitzer in den Ständevertretungen den König aufforderte, ihn seiner Professur zu entlassen und des Landes zu verweisen. Wäre es heute wirklich den verbündeten Regierungen ernst, zu einer besseren Verteilung des Großgrundbesitzes zu kommen, so sollten sie doch nicht die Politik führen wie in Preußen, wo man 42 neue Domänen schafft und nur eine einzige parzelliert. Wenn es den Herren ernst ist mit ihrem Vorgehen, dann sollten sie doch nicht dahin wirken, daß geradezu eine Festlegung des Großgrundbesitzes fortgesetzt stattfindet. Aber zu wem? andern Riwede wird denn jetzt ein Heimstätten-Gesetz eingebracht? (Sehr gut! links.) Wer soll denn die Heimstätten schaffen? Darauf ist Herr Riepenhausen nicht eingegangen. In Ostelbien würde der Gutsbesitzer eine ganze Reihe solcher kleinen Heimstätten gründen und würde auch Leute finden, die sie übernehmen. Solche Heimstätten würden die Leute nur an die Scholle fesseln und würden eine Quelle unendlichen Elends sein. Es ist ja das Ideal der Herren, möglichst viel Leute in ihren Bezirken bodenständig zu machen, wie das schöne Wort lautet, damit sie abhängige Arbeitskräfte haben. — Im Interesse des Kleinbesitzes in der Landwirtschaft, im Hinblick auf das gesunde Reichempfinden des Volkes und die Erhaltung des Friedens in den Familien sind wir gegen ein Heimstätten-Gesetz und werden gegen den Antrag stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Pöhl (fr. Vp.): Ein Heimstätten-Gesetz, wie es die Antragsteller wünschen, würde für die kleinen Bauern nicht nur über-

flüssig sein, sondern direkt schädlich. Meine politischen Freunde werden für eine derartige Beschränkung der Freiheit des Eigentums nie zu haben sein. Nach dem Gesetz würden aus freien Bauern unfreie gemacht. (Sehr richtig! links.) Die Heimstätten-Behörden würden auch den Besitzern überall hineinreden. Es würde mit den Heimstätten genau gehen wie mit den Heilmitteln. Das Vaterland hätte nur Schaden dadurch. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Bachem (C.): Wenn man den vorliegenden Gesetzesentwurf nicht durchliest, so ist es schwer verständlich, wie man den Entwurf so heftig bekämpfen kann wie die beiden Vorredner. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Gesetzesentwurf enthält doch keinen Zwang, sondern nur eine Möglichkeit für die Bauern, sich auf ihrem Grund und Boden zu halten. Die Frage ist nur die: giebt es in Deutschland eine bäuerliche Schicht, die sich nur schwer über Wasser hält und nur schwer ihren Besitz in der Familie erhält? Wer diese Frage bejaht, muß unserer Resolution zustimmen. Wir wollen dem kleinen Grundbesitzer die Möglichkeit geben, sich auf seinem Besitz zu konsolidieren. Wir wollen keine Heilmittelmischnisse bilden. Die Eigenschaft eines Besitzes als Heimstätte kann wieder rückgängig gemacht werden. Allerdings wird dies in rein bäuerlichen Gegenden kaum vorkommen. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes sollen den Einzelstaaten zufallen. Dadurch wird der Verschiedenheit der Besitzverhältnisse und der Rechtsauffassungen Rechnung getragen.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ich habe die Ausführungen des Herrn v. Riepenhausen sehr genau angehört und bedauere, sehen zu müssen, daß er auch nicht ein Jota von allen den Einwendungen widerlegt hat, die in der einschlägigen Literatur und in der Presse gegen diesen utopischen, reaktionären, betrügerischen Vorspiegelungsentwurf erhoben worden sind. Die Stellung meiner Fraktion zu der Resolution ist durchaus klar, wie wir jedem Gesetzesentwurf entgegenzutreten, der die Großen und Mächtigen stärken will, der der Unterjochung der Schwachen unter das Kapital dient, so erklären wir uns im Interesse der Kleinbauern und der Arbeiterschaft auch ganz entschieden gegen diesen Gesetzesentwurf, der noch dazu ein Unikum von Quacksalberei ist. Der Entwurf segelt hier unter ganz falscher Flagge. Sie (nach rechts) sollten ihn nennen einen Gesetzesentwurf zur Fesselung der Kleinbauern, zur Fesselung der Freigängigkeit, zur Förderung der Großgrundbesitzer und der Industrie, zur Fesselung der Bauern an die Scholle. Damit wären seine Grundgedanken richtig gekennzeichnet. (Zustimmung bei der Socialdemokratie.) Herr von Riepenhausen sprach wieder viel von dem altgermanischen Charakter dieser Gesetzgebung und verwies auf das Mittelalter. Ich habe schon 1882 hier im Reichstage darauf hingewiesen, daß diese Gesetzgebung des fünfzehnten bis sechzehnten Jahrhunderts weiter nichts wolle, als die Bauern in ihrer Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern zu erhalten, sie als Arbeitsvieh an die Scholle zu ketten. Denselben Zweck hat auch der heutige Entwurf, mag auch Herr v. Riepenhausen in seiner Erregung lausende schöne Worte sagen und von Uebermenschen reden, ohne daß er versteht, was er eigentlich will. (Heiterkeit.) Ein mittelalterliches Gesetz dieser Art würde in folgender Weise begründet: „Die Bauern sollen ihre Güter nicht zerreißen und nicht verkaufen, damit die Anspann- und Frondienste nicht vermindert werden und den Rinsherren kein Abbruch geschehe.“ Der Unterschied zwischen dem Gesetze des Mittelalters und dem heutigen besteht nur darin, daß man im Mittelalter offen sagte, was man wollte, während man es heute verheimlicht. Denselben reaktionären Charakter trägt ja die Rentengüter-Gesetzgebung. Das offizielle Organ der „Brandenburgischen Landwirtschaftskommern“ gestand 1891 offen zu: „es dürfen unter keinen Umständen die Rentengüter so groß werden, daß die einzelnen Landwirte nicht mehr genügt sind, durch Uebernahme von Lohnarbeit sich noch einen anderweitigen Verdienst zu schaffen. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten.“ Das ist die Absicht aus dieses Gesetzesentwurfs. Die Heimstätten-Gesetzgebung ist amerikanischer Ursprungs, hat sich dort aber wenig bewährt. Man hat wie so oft nur das Schlechte aus Amerika übernommen. Wenn man das Gesetz nicht zertrümmert, so findet man, daß hinter all den schönen Nebensorten, die wir gehört haben, wenig steckt. Jeder Deutsche soll nach Vollendung des 24. Lebensjahres das Recht haben, eine Heimstätte zu errichten. Aber wer giebt ihm die Mittel dazu? Ebenso laun man sagen: jede deutsche Jungfrau hat das Recht, nach Vollendung des 24. Lebensjahres einen Mann zu haben. (Große Heiterkeit.) Genau so utopisch ist dieser Hauptparagroph des Gesetzes. Und dann der § 2: Die Heimstätte darf die Größe eines Bauernhofes nicht überschreiten, das heißt, sie darf nicht zu lang, nicht zu kurz, nicht zu groß, nicht zu klein sein (Heiterkeit), etwa 5 Schwammigeres kann es kaum geben. In Wahrheit wollen Sie nichts als die Leute an die Scholle fesseln. Sie behaupten, die Familie zusammenhalten zu wollen, schließen aber alle Kinder, außer den Erbgeborenen, von der Heimstätte aus. Dadurch stoßen Sie die nicht erbberechtigten Kinder in die Industrie, in das Tagelöhner-Elend hinaus. Hier wollen Sie Heimstätten, im Abgeordnetenhaus aber verwerfen Sie den Vollen die Anfechtung. Das ganze Gesetz zeigt schon ein Uebermaß von Dilettantismus in Form und Inhalt, es zeigt so deutlich seine reaktionäre, kulturfeindliche und arbeiterscheindliche Natur, daß ich Sie dringend bitten muß, den Antrag abzulehnen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gamp (Rp.): Herr Stadthagen hat das Gegenteil von dem aus dem Entwurf herausgesehen, was darin steht. Er sprach von Arbeitsvieh. Wir würden einen solchen Ausdruck nicht in den Mund nehmen, wir behandeln die Arbeiter anständig. (Sehr richtig! rechts.) Jurist des Abg. Stadthagen.) Mit allen Einzelheiten des Antrages identifizieren wir uns nicht. Die Ausführung des Entwurfs liegt in der Landesgesetzgebung, das hätte auch Herr Stadthagen sehen müssen. Daß Herr Stadthagen immer von betrügerischen Gesetzesentwürfen sprach, war wohl nur eine von seinen Entgleisungen, an die wir ja gewöhnt sind. (Sehr gut! rechts.) Die Verhältnisse im Mittelalter lassen Sie doch ruhen; daran denkt keiner, die einzuführen. Das widerstrebt unserer ganzen Gesetzgebung und unserem Verhältnis zu den Arbeitern. (Ruf: Na! na! bei den Socialdemokraten.) Herr Stadthagen interessiert sich so sehr für die nachgeborenen Kinder. (Heiterkeit.) Ich konstatiere aber, daß in dem ganzen Gesetzesentwurf von den Erbgeborenen nicht die Rede ist. Man hat durchaus die Wahl, welchem Sohne man seinen Besitz vererben will. Wenn ich einen Sohn hätte wie Herr Stadthagen (Heiterkeit), der so wenig Verständnis von der Landwirtschaft hat, so würde ich ihm mein Gut nicht geben. (Ruf: Gothein! — Heiterkeit.) Ja, wenn Herr Stadthagen und Herr Gothein Brüder wären, so würde ich auch Herrn Gothein das Gut nicht geben. (Heiterkeit.)

Die Erklärung des Staatssekretärs war ja nicht sehr entgegenkommend, aber auch nicht gerade unfreundlich. Wir capricieren uns keineswegs über die Bestimmungen des Entwurfs. Möge der Staatssekretär ein warmes Herz haben für die Landwirtschaft! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Abg. Dr. Wolff (Soc.): Mit dieser Behauptung hat Dr. Wolff in allen Punkten das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Wir warnen nur die Bauern vor den Freilichtern, die Sie (nach rechts) ihnen aufsteden. Weder Dr. Wolff noch Herr Gamp

Man wissen, was ich als Landwirt leisten würde (Heiterkeit), zumal Herr Camp sein wiederholtes Angebot, mir das Gut zu geben, immer noch nicht ausgeführt hat. (Große Heiterkeit.) Durchaus unrichtig ist auch die Behauptung des Abg. Camp, ich hätte die Arbeiter als Arbeitsvieh bezeichnet. Ich habe nur gesagt, daß die Großgrundbesitzer die Arbeiter lediglich als Arbeitskraft haben wollen. Herr Camp sagte, er wolle das Mittelalter nicht heraufbeschwören. Wir wollen aus das Mittelalter begraben und jedem Versuch, es zu beleben, entgegenzutreten, daher lehnen wir den Entwurf ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim (natl.): Der größere Teil meiner Fraktion ist mit der Resolution einverstanden. Ich kann mich im wesentlichen den Ausführungen des Herrn Kollegen Camp anschließen.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Camp (Rp.): Herr Stadthagen hat mir vorgeworfen, ich hätte mein Wort nicht gehalten. Das ist, um mit Herrn Stadthagen zu reden, das Gegenteil von dem, was wahr ist. Ich habe mein Anerbieten, einem seiner Fraktionsgenossen ein Gut zur Verfügung zu stellen, vor einem Jahre Ihrem Fraktionschef Herrn Singer ausdrücklich wiederholt. Wenn Herr Singer bisher nicht das Zutrauen zu Herrn Stadthagen gehabt hat, daß er das Gut ordentlich bewirtschaften werde (Heiterkeit), so kann ich nichts dafür.

Abg. Wolff (Wirtsch. Vg.): Herr Stadthagen hat gesagt, ich hätte nicht die Wahrheit gesagt. Für Stadthagische Wahrheiten habe ich allerdings kein Verständnis.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich habe nicht das Versprechen gemeint, das Herr Camp Singer persönlich gegeben hat, sondern das, was er hier öffentlich im Reichstage gegeben hat. (Abg. Camp: Das ist ja daselbe. Heiterkeit.)

Hierauf wird die Resolution v. Rippenhausen (L) gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung des Etats der Justizverwaltung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

Die Pleite des „Bankiers“ Fritz Meyer stellt sich mehr und mehr als Folge einer ungeheuer frivolen Spekulationswirtschaft heraus. Zuerst wurden die Passiven auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt, dann auf 2 und jetzt nach neueren Feststellungen auf über 3 Millionen Mark. Auch die Depotsunterstützungen stellen sich als weit beträchtlicher heraus, und zwar hat Meyer nicht nur Depots seiner Verwandten verpfändet, sondern auch die anderer guter Fremde. Der Wert dieser Depots soll sich auf weit mehr als eine Million Mark belaufen.

Die ungenügende Gestaltung des deutschen Eisenausfuhrgeschäftes beginnt hemmend auf die Roheisenerzeugung zurückzuwirken. Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenerzeugung des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Januar 1904 auf 831 053 Tonnen, darunter Gießerei-Roheisen 159 155 Tonnen, Bessemer-Roheisen 41 916 Tonnen, Thomas-Roheisen 513 947 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 52 802 Tonnen und Puddel-Roheisen 63 173 Tonnen. Die Erzeugung im Dezember 1903 betrug 848 748 Tonnen, im Januar 1903 792 063 Tonnen. Trotz der Festtage im Dezember 1903 ist also die Produktion um ungefähr 17 500 Tonnen stärker gewesen wie im Januar des laufenden Jahres.

Stahlwerks-Verband und kein Ende. Mit größerer Energie ist wohl bisher noch keine Kartellgründung betrieben worden, als die des Stahlwerks-Verbandes; allerdings sind auch die Profite, die den Hauptmachern wüsten, besonders hohe. Trotz des wiederholten Scheiterns der Verhandlungen werden von den Leitern immer wieder neue Konferenzen einberufen und neue Vorschläge gemacht. So hat denn auch in den letzten Tagen wieder eine neue Konferenz in Düsseldorf getagt, als deren Ergebnis gestern Abend die „Kölnische Zeitung“ eine Verständigung mit der Firma Friedr. Krupp über die Beteiligungsziffer meldete. „Nach dem Verlauf, den die gestrigen Verhandlungen genommen haben“, schrieb das Blatt, „hören wir noch, daß in später Abendstunde mit der Aktiengesellschaft Friedr. Krupp eine Verständigung über die Erhöhung ihrer Beteiligung um 50 000 Tonnen zwar erzielt wurde, daß aber noch Meinungsverschiedenheit darüber besteht, wie diese Erhöhung zu bewirken ist; während nämlich Krupp verlangt, daß die Gesamtbeteiligung aller Werke um 50 000 Tonnen erhöht wird, bestehen die bis jetzt genehmigten Werke darauf, daß ihm die Mehrbeteiligung um 50 000 Tonnen nur aus dem Mehrverkauf gewährt werden soll. Was die ober-schlesischen Werke anbelangt, so haben diese gestern die außerordentlich hohe Beteiligung von 800 000 Tonnen verlangt, und davon nimmt allein die Laurahütte 30 Proz. für sich in Anspruch. Ob man über diese gewaltigen Ansprüche zu einer Verständigung kommen wird, erscheint außerordentlich fraglich. Ebenso ist man mit den Westfälischen Stahlwerken in Vordum, die eine Beteiligung von 100 000 Tonnen verlangen, noch nicht zu einer Einigung gelangt.“

Danach schien thätiglich diesmal ein ansehnlicher Erfolg erzielt zu sein; doch die heutige Meldung der „Kölnischen Zeitung“ schwächt ihren gestrigen hoffnungsvollen Bericht recht beträchtlich wieder ab. Die Verhandlungen haben, heißt es darin, trotz angestrengter zweitägiger Arbeit noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Sie wurden daher abgebrochen und auf den 29. Februar vertagt. Mit dem Bochumer Verein wurde eine Verständigung erzielt, während den übrigen noch ausstehenden Werken, nämlich Friedrich Krupp, Georgs-Marienhütte, Phönix, den Westfälischen Stahlwerken und den Vereinigten Stahlwerken von der Hütte und Böhmer Eisenhütten von den genehmigten Werken Angebote unterbreitet wurden, die als letztes Entgegenkommen zu betrachten sind. Ebenso wurde der Dortmunder Union für den Fall, daß der Verkauf der Henrichshütte an die Firma Henckels u. Sohn zur Thatsache werden sollte, ein bestimmtes Angebot gemacht. Für die ober-schlesischen Werke wurde eine Grundlage gefunden, auf der eine Verständigung nicht aussichtslos erscheint. Die endgültige Entscheidung muß am 29. Februar fallen, da eine Verlängerung der alten Verbände, die an diesem Tage ablaufen, ausgeschlossen ist. Sind auch die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den bereits genehmigten und den noch ausstehenden Werken herrschen, nicht mehr groß, so sind doch in der Schlussverhandlung noch so viele Entscheidungen über andre Punkte zu treffen, daß die Frage, ob das große Werk des Stahlwerks-Verbandes zu Stande kommen wird oder nicht, noch gar nicht zu überleben ist.“

Deutschlands Außenhandel im Januar 1904. Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Januarheft der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel beträgt im Januar 1904:

Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 3 283 083 gegen 3 203 699 und 2 968 956 im Januar der beiden Vorjahre, daher mehr 79 384 und 316 077. 23 von 43 Zolltarif-Nummern zeigen eine Zunahme, namentlich Holz, ferner Erden, Erze, Kohlen, Drogerie, Apotheker- und Farbewaren. Unter den 20 Nummern mit einer Einfuhrabnahme ragt Getreide mit einem Ausfall von 141 810 Tonnen hervor, in welchen sich Weizen, Roggen, Gerste, Hafer usw. teilen.

Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 2 955 964 gegen 3 140 758 und 2 474 258 im Januar der beiden Vorjahre, daher gegen 1903 ein Ausfall von 193 794 und gegen 1902 eine Zunahme von 481 706. Zugunommen hat die Ausfuhr von Holz, Instrumenten, Maschinen und Getreide. Unter den 27 Zolltarif-Nummern mit einem Ausfall sind die bedeutendsten: Materialwaren, Eisen, Eisenwaren und Kohlen.

Schottisches Stahlindikat. Nach wiederholten Verhandlungen sind kürzlich auf einer in Glasgow abgehaltenen Konferenz sämtlicher schottischer Stahlproduzenten die hauptsächlichsten Bestimmungen für das geplante Stahlindikat festgestellt worden. Betreff dieser Satzungen wird der „Aberdeen-Beist.“ berichtet: „Zunächst ist bestimmt worden, daß die Verkaufspreise für sämtliche Stahlzeugnisse um 2 1/2 Schilling zu erhöhen seien, sobald das kein Produzent unter dem Minimalpreise verkaufen dürfe bei Strafe von 1000 Pfund Sterling für jeden Kontraventionsfall, wozu dann noch eine Strafe von 1 Pf. Sterl. per verkaufte Tonne Stahl hinzukommt. Der Minimalpreis soll, so wurde weiter beschlossen, von Zeit zu Zeit neu festgesetzt werden. Zu bemerken ist jedoch dabei, daß das Ueber-einkommen ausschließlich auf den Absatz im Inlande sich bezieht (mit Einschluß von Belfast in Irland). Abfälle nach dem Auslande können seitens der Produzenten zu jedem ihnen konvenierenden Preise gemacht werden. Den beim Absatz im Inlande erzielten Mehrerlös werden danach die Produzenten dazu verwenden, ihre Angebote nach dem Auslande mit erheblich hinter den Gestehungskosten zurückbleibenden Preisen anzusetzen. Danach fällt also für die schottischen Stahlwaren-Erzeuger das Recht fort, über „Dumping“ seitens des Auslandes, d. h. darüber zu klagen, daß z. B. Deutschland auf den britischen Märkten Waren zu Preisen anstellt, die sich unter den dort üblichen halten.“

## Sechster Verbandstag der Steinseher, Pfasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Braunschweig, 24. Februar 1904.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung steht Punkt „Unterstützungswesen“.

Der Vorsitzende Knoll-Berlin begründet den vom Centralvorstand gestellten Antrag betreffs Einführung von Kranken-Unterstützung. Die Abstimmung ergab, daß 50 Delegierte, die 3365 Mitglieder vertreten, für die Kranken-Unterstützung stimmten, 25 Delegierte, die 1578 Mitglieder vertraten, stimmten dagegen. Mit dieser Abstimmung sind wegen der finanziellen Konsequenzen alle Anträge über vermehrtes Erscheinen des Fachorgans, Erhöhung der Streikunterstützung, Unterstützung Ausgesperrter bei der Reise gefallen.

Eine Resolution spricht sich im Prinzip für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus, die aber zur Zeit aus materiellen Gründen nicht durchführbar ist.

Am Laufe des Nachmittags wurden die Krankenunterstützungssätze festgelegt.

Ein Antrag Knoll findet Annahme, nach dem Fiskalen, die genügend Lokalfonds haben, pro Mitglied und Woche 3 M. Unterstützung bei Streiks außer der Unterstützung aus der Centralkasse zahlen können. Verbeitete Mitglieder können für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. erhalten. Bei Antrittsfreizeit kann vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt werden. Bei Ausperrungen kann die Unterstützung auf 2/3 des Lohnes erhöht werden. Auf Antrag Hansen-Flensburg werden der Filiale Flensburg die Streikschulden erlassen.

Auf Antrag des Verbandsvorsitzenden Knoll wird angenommen, die Streikunterstützung auch während des Winters zu zahlen, wenn das Wetter das Arbeiten gestattet. Ein Antrag des Hauptvorstandes, 80 Proz. der Einnahme an die Hauptkasse abzuführen, wird abgelehnt, beschlossen werden 75 Proz. Die bisherigen zwei Beitragsarten werden verschmolzen, die Wochenbeiträge betragen nunmehr bei einem Tagesverdienst von 4,50 Mark 50 Pfennig pro Woche, bei 3,00 bis 4,50 Mark 40 Pfennig pro Woche, außerdem wird eine neue Beitragsklasse geschaffen von 30 Pf. pro Woche für Mitglieder, deren Tagesverdienst 3 M. nicht übersteigt.

Weiter gelangt ein Antrag zur Annahme, wonach Mitglieder, die nicht in ihrer Heimatorte arbeiten, verpflichtet sind, sofern in ihren Heimatbezirken Extrabeiträge für den lokalen Streikfonds erhoben werden, diese an ihrem Arbeitsort zu zahlen haben.

## Aus der Frauenbewegung.

Tempelhof, Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale von R. Müller, Berlinerstraße 41/42, Volksversammlung. Genosse Partels spricht über Sozialismus in Preußen. Um zahlreichem Besuch bittet Die Kreis-Vertrauensperson.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin Norden. Heute Freitagabend präcise 8 1/2 Uhr: Bezirksversammlung in Dreiecks-Park, Neue Friedrichstr. 35, kleiner Saal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Hans Leub über „Berühren und Strafe.“ 2. Diskussion. 3. Wahl von Bezirksführern.

Marktpreise von Berlin am 24. Februar 1904 nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Ctr.	18,20	18,16	Starkweizen, neue D.-Ctr.	7,00	6,00
mittel	18,12	17,08	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20
gering	18,04	18,00	do. Bauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,70	13,68	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	13,66	13,64	Rohfleisch	1,80	1,20
gering	13,62	13,60	Dammelfleisch	1,80	1,20
+Gerste, gut	14,10	13,20	Butter	2,60	2,00
mittel	13,10	12,20	Eier 60 Stk	5,00	3,00
gering	12,10	11,20	Karpfen 1 kg	2,40	1,20
+Hafer, gut	15,00	14,70	Kale	3,00	1,40
mittel	14,00	13,70	Jander	3,00	1,20
gering	13,00	12,80	Nechte	2,40	1,20
Milchtröh	4,00	3,32	Porche	1,80	0,80
Heu	7,00	4,80	Äpfel	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Biele	1,40	0,80
Speldeböhen	50,00	29,00	Krebse	15,00	3,00
Linien	60,00	25,00			

\* ab Bahn.  
† frei Wagen und ab Bahn.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte am Donnerstag zunächst über eine Anzahl von Petitionen. Referent war Abgeordneter Singer. Die Petition der nach dem 1. April 1897 angestellten expedierenden Sekretäre der höheren Reichsbehörden um Gleichstellung im Dienstverhältnis mit den vor dem 1. April 1897 angestellten Kollegen wurde insofern, als sie sich auf solche Beamte bezieht, die schon vor dem 1. April 1897 bei den betreffenden Behörden beschäftigt waren, dem Reichskanzler zur Verächtigung, im übrigen aber als Material überwiesen, nachdem der Antrag des Referenten, die ganze Petition zur Verächtigung zu überweisen, mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden war. Die Petition der Unterbeamten des Reichs-Verwaltungsamtes um Aufhebung ihrer Verordnungsverhältnisse wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Bei der Weiterberatung des Etats der ostasiatischen Besatzungsbrigade beantragte Abg. Paasche als Referent die Streichung zweier Stabsoffiziere und eine Herabminderung des Gehalts des Oberstenleutnants von 13 440 M. auf 12 105 M. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. — Von den 23 Stellen für Compagnieführer (je 7200 Mark Gehalt) sollen nach einer Anregung des Referenten Dr. Paasche zwei Hauptleute, die dem Brigadefeldkommando zugeteilt sind, gestrichen werden; es würden dann nach Streichung eines bei der Depotdirektion beschäftigten Hauptmanns noch 20 Hauptleute zu bewilligen sein. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich die Militärverwaltung und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unter Hinweis auf die „gegenwärtige Situation“ aus. Ihnen trat der Vertreter der konservativen Partei, Abg. v. Rüdthofen bei, die Kommission beschloß nach dem Antrage des Referenten. — Ferner wurde beschlossen, die Zahl der Oberleutnants von 32 auf 19 herabzusetzen und von der Gesamtzahl der Offiziere 11 zu streichen.

Beim Sanitätswesen beantragte der Referent das in Tiflis eingerichtete besondere „Sanitätsamt“ mit einem General-Docent an der Spitze aufzulösen; das gesamte Sanitätspersonal der Brigade umfasst über 100 Köpfe, der durchschnittliche Krankenbestand ist 78 Personen! Außerdem sollen zwei Oberarztstellen eingezogen werden, einer bei dem Sanitätsamte, ein anderer bei der Pioniercompagnie, die in Tiflis liegt, wo sich noch drei andre Truppenteile mit Militärärzten befinden. Die Sanitätsabteilung des Kriegsministers lehnt, wie General Stiz v. Arnim ausführt, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Sanitätsdienstes im bisherigen Umfange (Nahrungsmittel, Untersuchung, Wasserprüfung usw.) ab, wenn die Zahl der Ärzte verringert würde. Man könne überhaupt, so meinte er, nicht wissen, welche Aufgaben die Brigade morgen oder übermorgen zu leisten habe. Die Kommission beschloß einstimmig gemäß den Vorschlägen der Referenten.

Die Besatzungsbrigade ist schon reichlich mit Musik ausgestattet; es sind allein 54 Hoboisisten im Unteroffiziersrang hinausgeschickt worden. Der Referent Dr. Paasche meinte, daß die wohl „Zukunftsmusik“ machen sollten. General Stiz v. Arnim suchte die Entsendung einer Regimentsmusik dadurch zu rechtfertigen, daß er sagte, man könne doch wohl den Soldaten das Vergnügen der Musik gönnen; außerdem hätten auch die andre Kontingente große Musikcorps und wir könnten nicht dahinter zurückbleiben. Abg. v. Eisen nannte die Musik „die Poesie des Soldaten“; was bleibe von dem ganzen Corps übrig, wenn man die Musik streiche. Das mache einen schlechten Eindruck. Abg. Dr. Paasche konstatierte einen Konflikt zwischen poetischem Empfinden und budgetärem Gewissen und beantragte zunächst 19 Hoboisisten zu streichen. Der Kriegsminister sagte, daß es darauf ankomme, die Truppe in Ostasien fortgesetzt angemessen zu beschäftigen; man könne doch nicht fortwährend Kniebeuge machen lassen. Deshalb liege es im Interesse der Truppe, die Musik zu bewilligen. Dafür trat auch Abg. Prinz Arenberg ein. Um eine ordentliche Harmonikmusik aufrecht zu erhalten, beantragte Abg. Müller-Sagan 20 Hoboisisten zu belassen. Abg. v. Staudt trat für die Forderung der Regierung ein. Abg. Dr. Sidelmann wies daraufhin, daß sich Musik technisch eine Verminderung sehr wohl redfertigen lasse; übrigens hätten ja doch nur einzelne Teile des Corps Gelegenheit, die „Poesie“ zu genießen. Schon sich der Referent durch die Gründe der Regierung umstimmen ließ, beschloß die Kommission (die auf „Streidmusik“ eingeleitet ist, Red. d. „Vorw.“) nur 20 Hoboisisten zu bewilligen.

Da die Geschäftsloge des Reichstages eine Verschleimung der Verhandlungen nötig machte, schlug der Vorsitzende vor, die Weiterberatung am Freitag bereits um 9 Uhr beginnen zu lassen.

Wahlprüfungskommission. Aus der Sitzung vom 24. Februar ist noch nachzutragen, daß außer dem Weichluh, die Wahl Buchwalds, Sachsen-Altenburg, für ungültig zu erklären, auf Antrag des Referenten für die Wahl Grafes (Pauzen Sachsen) diese für gültig erklärt wurde. Aus der inzwischen beschafften Verordnung des sächsischen Ministeriums ging hervor, daß es den Behörden der einzelnen Wahlkreise anheimgestellt worden war, die Frist für die Auslegung der Wählerlisten zu bestimmen, nur durfte der Termin nicht über den 19. Mai hinausgelegt werden. Die betreffenden Protestpunkte wurden darum für unerheblich und die Wahl für gültig erklärt.

In der Sitzung vom 25. Februar wurden zunächst die Berichte festgestellt über die Wahlen Matten, 3. Wahlkreis Schleswig-Holstein, und Dietrich, Wahlkreis Ruppiner-Tempel. Dann trat die Kommission in die Prüfung der Wahl des Freiherrn v. Wolff-Metternich, Centrum, 2. Wahlkreis Frier, Wittlich-Vernkastel, ein. Im ersten Wahlgange erhielt Wolff-Metternich 12 318 Stimmen, der Nationalliberale 2785, der Socialist 67 Stimmen. Gegen die Wahl lag ein Protest vor, dessen Angaben gegenüber der großen Stimmenmehrheit für Wolff-Metternich für so unerheblich erachtet wurden, daß die Kommission die Wahl für gültig erklärte. — Nächste Sitzung: Dienstag, 1. März.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl. Bezirk Süd-Ost.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

**Karl Kinzel**

am Sonnabend, den 20. d. Mts., plötzlich am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

32/17 Die Kreisverwaltung.

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Am 22. Februar er. verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege

**Wilhelm Fitzner**

41 Jahre alt, an chronischer Nierenentzündung.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Zahlstelle II Berlin.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zuhlen-Friedhofes (Hermannstraße) aus statt.

Der Vorstand.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands.** (Hilfskassen Rummelsburg.)

Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß

**Hermann Schmidt**

plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 2 Uhr von der Leichenhalle Rummelsburg-Zuhlsberge aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

25/6 Der Vorstand.

**Richard Reinhardt**

Allen Freunden, Kollegen und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Mann und guter Vater, der Möbelmacher

**Richard Reinhardt**

am Montag plötzlich und unerwartet am Schlaganfall verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

**Turn-Verein „Fichte“.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Turnschwester

**Martha Ludwig**

(2. Damen-Abteilung)

am Dienstag nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Bohmung, Zuhlsbergerstraße 12, nach dem Begräbnisplatz der Friedens-Gemeinde, Kiebitz-Schönhausen, statt.

286/00 Der Vorsitzende.

**Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands.** (Bezirk Friedrichshöhe.)

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Hermann Schmidt**

plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 2 Uhr von der Leichenhalle Rummelsburg-Zuhlsberge aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

25/6 Der Vorstand.

**Künstlich-Zähne**

**Karl Winzer,**

Alexanderstr. 27/1.

Schonendste Behandlung.

Teilzahlung gestattet.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Freitag, 26. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** Das große Licht.  
Deutsches. Hofe Bernd.  
**Verliner.** Maria Theresia.  
Verling. Kapellmeister.  
**Welken.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Neues.** Minna von Barnhelm.  
**Residenz.** Der feinsche Casimir. Vorher: Die Umstellung.  
**Central.** Das Schwalbennest.  
**Belle-Alliance.** Götterweiber.  
**Thalia.** Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Die Wildente.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.)  
Wilhelm Tell.  
**Kleines.** Elektra.  
**Ruifen.** Uriel Acosta.  
**Trianon.** Nababe I.  
**Carl Weh.** Zwei Frauen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
**Gebr. Herrschel.** Nur eine Nacht.  
**Casino.** Cirkusfee.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode.  
Specialitäten.  
**Apollo.** Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.  
**Metropol.** Durchlaucht Radieschen.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Vasage-Theater.** So Lo. Fred.  
Blumen. Specialitäten. Anf. 5 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Nass: „Die Glasfabrikation.“  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Nass: „Die Glasfabrikation.“  
**Invalidenstr. 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Minna von Barnhelm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Schwester Beatrix. Logik des Herzens.

**Central-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Schwalbennest.**  
Operette in 3 Akten v. M. Ardouin.  
Musik von Henry Herzblau.  
Sonnabendnachm. 4 Uhr halbe Preise:  
Kinderdarstellung. Jeder Erwachsene ein Kind mit Eintritt frei.  
**Der gekielte Kater.**  
Abends: Das Schwalbennest.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Benefiz f. **Willi Kruszyński** zum erstenmal:  
**Uriel Acosta.**  
Sonnabend: Skan.  
Sonnabendnachm.: Die goldene Eva. — Abends: Uriel Acosta.  
Montag: Eine leichte Person.

**Metropol-Theater.**  
Durchlaucht Radieschen!  
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem Blütenhochzeit.  
Ballett.  
9 1/2—11 Uhr:  
Die erstklassigen Specialitäten.

**Robert Steidl** mit neuen Schlagern.  
Cronin. X. Joscarys. X. Legays.  
Drei Zagas. X. Messors Kosmogroph.  
**?? Nordini ??**  
der Mann mit den Wundermuskeln.  
Original-Trick: Befreiung aus der Zwangsjacke.  
Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr:  
Ermässigte Preise: **Lysistrata** und Specialitäten mit **Nordini**.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Heute: Köpnickstr. 67.  
Zum Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
**GASTSPIEL**  
**A. d. Philipp.**  
Ueberr grossen.  
Male: **TEICH.**

**Casino-Theater.**  
Rothringstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Die komische Operette  
9 1/2 Uhr: **Die Cirkusfee.**  
Vorh.: Das glänz. Februarprogramm.  
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Wie einst im Mai.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Sonnabendnachm. 3 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Zum 178. Male:  
**Der Hochtourist.**  
Guido Thielscher in der Rolle.  
Morgen u. folg. Tage: Der Hochtourist.  
Sonnabendnachm.: Charleys Tante.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr.  
Täglich:  
**Götterweiber.**  
Anstatt. Pöffe mit Gesang und Tanz.  
Sonnabendnachm. 3 Uhr. Keine Preise:  
**Hofgunst.**

**Cirkus Schumann.**  
Heute Freitag, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentliche Vorstellung.**  
**Die elektrischen Spiegelterrassen und die fahrenden Cashaden.**  
Original-Creation des Direktor **Albert Schumann.**  
— **Adolf und Coco**, die besten Clowns in Berlin. —  
Herr **J. Seeth** mit seiner ausgezeichneten Löwendressur **25 Löwen.**  
Spanische Schule, geübt von Fräulein **Dora Schumann.**  
**Babel.** Grösste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

**Urania.** Herrnfeld-Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Der Erdball als Träger des Lebens.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Nass: „Die Glasfabrikation.“  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen **Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese **Mianko Karoo.**

**Residenz-Theater**  
Direktion S. Lantenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der keusche Casimir.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend zum erstenmal: Mutter Landstrasse.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3, Wechentags 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Fred Edlawi**  
der beste Verwandlungskünstler.

Morgen Sonnabend, 27. Februar:  
**Gr. Künstler-Ball-Fest.**  
„Nach dem Zapfenstreich.“  
Eintritt 5, reservierte Terrasse 10 M. Billets bei A. Wertheim, Invalidendank, Künstlerdank und Passage-Theater.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Invalidenstraße.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabendnachm.: „Biscotte.“

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Zwei Frauen.**  
Schauspiel in 5 Akten von Edeßy Borchart.  
Morgen: Zwei Frauen. — Sonnabendnachm. 4 Uhr: Frau Holle. — Sonnabendnachm.: Der Liebe Gebot.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
**Die Dame in Trauer.**  
Vollständig in 5 Akten von Krüger.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**König Lear.**  
Sonnabendnachm. 3 Uhr:  
**Don Carlos.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr.  
Täglich:  
**Götterweiber.**  
Anstatt. Pöffe mit Gesang und Tanz.  
Sonnabendnachm. 3 Uhr. Keine Preise:  
**Hofgunst.**

**Cirkus Schumann.**  
Heute Freitag, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentliche Vorstellung.**  
**Die elektrischen Spiegelterrassen und die fahrenden Cashaden.**  
Original-Creation des Direktor **Albert Schumann.**  
— **Adolf und Coco**, die besten Clowns in Berlin. —  
Herr **J. Seeth** mit seiner ausgezeichneten Löwendressur **25 Löwen.**  
Spanische Schule, geübt von Fräulein **Dora Schumann.**  
**Babel.** Grösste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

**Urania.** Herrnfeld-Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Der Erdball als Träger des Lebens.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Nass: „Die Glasfabrikation.“  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen **Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese **Mianko Karoo.**

**Residenz-Theater**  
Direktion S. Lantenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der keusche Casimir.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend zum erstenmal: Mutter Landstrasse.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3, Wechentags 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Fred Edlawi**  
der beste Verwandlungskünstler.

Morgen Sonnabend, 27. Februar:  
**Gr. Künstler-Ball-Fest.**  
„Nach dem Zapfenstreich.“  
Eintritt 5, reservierte Terrasse 10 M. Billets bei A. Wertheim, Invalidendank, Künstlerdank und Passage-Theater.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Invalidenstraße.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabendnachm.: „Biscotte.“

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Zwei Frauen.**  
Schauspiel in 5 Akten von Edeßy Borchart.  
Morgen: Zwei Frauen. — Sonnabendnachm. 4 Uhr: Frau Holle. — Sonnabendnachm.: Der Liebe Gebot.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
**Die Dame in Trauer.**  
Vollständig in 5 Akten von Krüger.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.

**Steidl-Theater**  
Linienstr. 132. Oranienburger Thor.  
Gänzlich neues Programm.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. (Berwerk. 40 Pf.)  
**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. früher Feen-Palast.  
Heute abend 8 Uhr:  
Grosse Extra-Elite-Vorstellung:  
**Kabale und Liebe.**  
Trauerspiel in 5 Akten. Fr. v. Schiller.  
Bedeutende Gänge. Halbe Kassenpreise.  
Morgen abend 8 1/2 Uhr:  
**Goldener Boden.**  
Vorher Konzert und Specialitäten.  
Sonnabendnachm. 3 Uhr: Elite-Vorstellung: **Kabale und Liebe.**  
Sonnabendabend 8 Uhr. zum vorletztenmal: **Goldener Boden** und Specialitäten.  
**Sanssouci.**  
Rottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Norddeutsche Sänger** und Tanzkränzchen.  
Dienstags:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
**Königstadt-Kasino**  
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Neu! The Byrons, Film u. Flumm, Eugen Nighon.  
Die Februar-Specialitäten.  
Neu! **Der Ehrenpokal.** Neu!  
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntags: **Tanz.**

**Freie Volksbühne.**  
Sonnabend, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**März-Feier.**  
**Internationaler Musik-Abend**  
(deutsche, französische, slawische Musik) — Orchester- und Vokal-Konzert — Lieder — Recitationen aus der internationalen Freiheitslyrik.  
Mitwirkende: **Philharmonisches Blas-Orchester** (52 Künstler, Dirigent: Franz v. Blon) — Recitation: **Edgar Licho** (Kleines Theater) — hervorragende Sänger und Sängerinnen.  
**Festmarken für Mitglieder in allen Zahlstellen.**  
**Ordner-Sitzung:** Sonnabend, den 12. März, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Sonntag, den 28. februar, nachmittags 2 1/4 Uhr:  
**Metropol-Theater: Medea.** | **Lessing-Theater: Der Meineidbauer.**  
7/8. Abteilung: | 12/13. Abteilung:  
Nächste Serie im Lessing-Theater: „Zapfenstreich“ von Adam Beyerlein.

IX. Berliner Saison.  
**Cirkus Busch.**  
Grosser Ehren- und Gala-Abend für **Herrn Richard Sawade** mit seinen wunderbar dressierten **wilden Königstigern.**  
Nur noch wenige Tage!  
Der **Burkhardt-Footit** auf „Zum Stein“, **Bolblut** von **Rephito** a. d. Genjere.  
**Mlle. de Holstein,** Schmelzerin.  
Die anerkannt besten Clowns der Welt: **Gebr. Belling,** **Clown Alfred Daniels,** **4 Gehr. Fratellini,** **Albano** und **Dale** mit ihrer urkomischen **Bulldogge** und der populären **Sprech-Clown Simbo.**  
Direktor **Busch** mit seinen **Meister-schaftsdressuren.**  
Zum 65. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
**Der Automobilsturz.**  
Morgen Sonnabend, 27. Februar, um 6 1/2 Uhr:  
**Gala-Fest-Vorstellung.**

Arbeiter-Radfahrerverein  
**„Berlin“.**  
Sonnabend 2 Uhr:  
Schlechte Brücke nach Alt-Oranienstr. — Donnerstag: Beisammung **Andreasstr. 26.** 11/12  
4237L\*  
**Gardinen-Specialhaus**  
Berlin S., Oranienstr. 158.  
**Emil Lefèvre.**  
Wunderbare Neuheiten.  
Gardinen, Stores, Vitrages in Secession- und Jugend-Stil.  
Restbestände, 2 bis 6 Fenster, **spotbillig!**  
**Special-Katalog** mit circa 600 Illustrationen gratis und franco.  
**Große Betten 12 M.**  
(Oberb. Umzucht, zwei Stellen) mit gereinigten neu n. Federn bei **Gustav Lüttig,** Berlin S., Prinzenstr. 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.

42362\*  
**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! **Mocquets.**  
Plüsch-Reste! **Satteltaschen.**  
Muster bei näherer Angabe franco.  
**Berlin, Oranienstr. 158.**  
**Emil Lefèvre, Oranienstr.**  
**Günstige Gelegenheit!**  
**Kragen, Manschetten, Serviteurs.**  
Einborten-Herrenkragen, best. Fabrik, rein Lein., 4 fach, p. Dbd. nur 2 M.  
**Manschetten,** prima, garant. 4 fach, 1/2 Dbd. 1.80 M. 39942\*  
**Serviteurs,** ganz prima, einzelne Sachen, Stk. 30, 40 u. 50 Pf.  
• Oberherren, Nachherren, • auhergewöhnlich preiswert.  
**Ernst Marcuse, Waustr. 23.**  
**Gesang-Bücher**  
von 1,25 Mk. an.  
**Album und Lederwaren-Fabrik**  
**Oskar Gaudan,**  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.  
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.  
Meine im Vorverkauf ca. 40 Min. Bahnfahrt, dicht am Bahnhof in herrlicher Landschaft, an fischreichem Teich belagerte Baustelle vorkaufs billig mit **Baugeld** und **Hypothek.**  
Offerten unter **G. C. 365** an **Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.**  
**Prima Schnitzel**  
à Pfund 1 Mark.  
Rückenfell à Pfund 50 Pf.  
**Carl Schubert, Prinzenstr. 25**  
**Kranz- u. Blumenbinderei**  
von **H. Eckert,**  
98. Rottbuser Damm 98.  
**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **H. Rodewald,**  
Alexandrinenstrasse 1a.  
Kranze mit Bindungsgelassen, Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgemäße jeder Art zc. preiswert.  
**Blumen- und Kranzbinderei**  
**Richard Engelke,**  
Reichenberger-Strasse 164,  
Ecke Mariannenstr.  
Specialität: **Vereinskranze.**  
**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Strasse 2.**  
Vereins-Kranze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
Mehrere gut möblierte Zimmer sind sofort zu bewohnen **Schöneberg, Göttenstr. 21 II rechts.**  
**Zu vermieten**  
ist eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche, Bad, **Schöneberg, Göttenstr. 21 II rechts.**  
**Zahn-Klinik.** Preise beliebige Teilzahlung.  
**Olga Jacobson,** Invalidenstrasse 145.  
**Künstliche Zähne,** Glamben, zc.  
**Carl Goerlinger, Dentist,** N., Eichendorffstr. 21, früher Brunnenstr.

**WINTER GARTEN**  
Letzte Vorstellungen von **Cléo de Mérode** und das ausgezeichnete **Februar-Programm.**  
Dienstag, den 1. März:  
**Yvette Guilbert.**

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluss neu: **Die Berliner bei den Sereros.**  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

**Dr. Schönemann**  
Specialarzt für Haut, Haar und Frauenleiden. **Seidelstr. 9.**  
12—1, 3, 1/2, 6—1, 8, Sonnt. 9—11  
**Saal 1. Osterfeiertag** frei, mit Bühne  
20035 **Weberstrasse 17.**

**Nur neueste Moden.**  
Dieser feine, schwarze Gut mit Zutter, moderne Form, kostet **1,90 M.**  
**Cylinderhüte und Chapeau claque** in großer Auswahl.  
**Special-Hut-Engros-lager** nur neuester Moden.  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
im **Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe,**  
drittes Haus vom **Alexander-Platz.**  
Größte Auswahl, auhergewöhnlich billige Preise. 41502\*  
neueste Form, mit Zutter **M. 1.50.**  
**Filzhüte für Herren,** mit Atlasfutter **M. 2.—**, höchste Qualität **M. 2.50,** extra feine **M. 3.—**, beste Qualität **M. 4.50.**

**Grosse Geld-Lotterie**  
Ziehung **9. u. 10. März**  
Zur Erhaltung des **Schlösses Burg a. d. Wupper.**  
**6634** Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von **Mk.**  
**200000**  
Hauptgewinne: **Mark**  
**60000**  
**30000**  
**20000**  
etc. etc. etc.  
**Originallose a 3 Mark.**  
Für Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H., Bank-Geschäft  
Berlin W., **Friedrichstr. 151.**  
Filialen:  
**NW. Wilsnackerstr. 63.**  
**O. Andreasstr. 46a.**  
**SO. Oranienstr. 177.**

**Nur neueste Moden.**  
Dieser feine, schwarze Gut mit Zutter, moderne Form, kostet **1,90 M.**  
**Cylinderhüte und Chapeau claque** in großer Auswahl.  
**Special-Hut-Engros-lager** nur neuester Moden.  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
im **Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe,**  
drittes Haus vom **Alexander-Platz.**  
Größte Auswahl, auhergewöhnlich billige Preise. 41502\*  
neueste Form, mit Zutter **M. 1.50.**  
**Filzhüte für Herren,** mit Atlasfutter **M. 2.—**, höchste Qualität **M. 2.50,** extra feine **M. 3.—**, beste Qualität **M. 4.50.**

# Steinbildhauer.

Freitag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer Nr. 10: **Branchen-Abend.**

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

- Achtung! Mitteilungen! Achtung!**
- Die Mitgliederbücher sind jetzt abzugeben und zwar gegen Rückgabe sämtlicher Mitgliedsarten beim Kassierer Paul Stempel, Rantaustr. 109, Quergebäude 3 Treppen, an jedem Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, nachm. 5-8 Uhr.
  - Einzahlungen für unsere Sparkasse werden ebenfalls und in allen Zahlstellen angenommen. Verzinsung und Rückzahlungsbedingungen sind durch eine Sparordnung geregelt.
  - Die neuen Statuten sind genehmigt und gelangen nach ca. 14 Tagen zur Verteilung.
  - Auf unserem Grundstück bei Bohnsdorf-Grünau sind von jetzt ab **Lauben- und Gartenparzellen** in jeder beliebigen Größe auf 1-5 Jahr, Quadratrate bis zu 40 qm, zu verpachten.
  - Baupläne und Zeichnungen sind in allen Zahlstellen und größeren Verkaufsläden einzusehen.
  - Spezial-Baugenossenschaften und Baubedingungen für General- und Einzel-Baunehmungen sind vom Vorsitzenden G. Kohls, Berlin SO., Wienerstr. 29, part., zu erhalten; an denselben sind auch die event. Bemerkungen zu richten.

Wes. Räume zu erfragen am obigen Tagen beim Kassierer Paul Stempel, SO., Rantaustr. 109, Quergeb. III., und zu jeder Tageszeit bei Vorsitzenden G. Kohls, SO., Wienerstr. 29, part.

Aufsichtsrat: Rich. Stramm. Vorstand: G. Kohls.

**Achtung!** Mitglieder der **Achtung!** Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin. Montag, 28. Febr., vorm. 10 Uhr, Alexanderstr. 70 (Engl. Garten), oberer Saal: **Mitglieder-Versammlung.**

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter** (E. H. R. Nr. 29, Hamburg. - Filiale Berlin VI.) Sonnabend, 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dicks, Katerstr. 123: **Außerord. Mitglieder-Versammlung.**

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter** (E. H. R. Nr. 29, Hamburg. - Filiale Berlin II.) Sonntag, 28. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Schulz, Admiralsstr. 180: **Mitglieder-Versammlung.**

**Vereine.** Zimmer für 80 und 90 Personen, auch für Gelangverine. Neues Pianino. Dircenstr. 39, I. Etage, Karl Grosser. (Zwischen Bahnhof Börse und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1513. Verkehrslokal des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen. 49002\*

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Sonntag, 28. Februar, vorm. 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hohenstraße 108/14: **Außerordentl. Generalversammlung.**

## Vortrags-Abend.

Heute - Freitag - abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater, Friedrichstr. 236: **Vortrag** des Schriftstellers **Senna Hoy: „Moderne Frauenlyrik“.**

**Recitationen** von Else Lasker-Schüller, Dolorosa, Maria Holgers. Männer und Frauen sehr willkommen. - Entree 10 Pf. Die Redaktion des „Kampf“.



Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**

**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13, T. VII. 5088.  
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93, T. VII. 1070.  
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

# Frische Wurst

Heute Freitag bleibt es wieder **Früher** in bekannter tadelloser Qualität. **Rich. Augustin,** Lindenstr. 69, Hofpartier, „Sonnens“-Haus, Friedrichstr. 107, Mittagstisch, Sitzungszimmer.

**Berliner Lose & 1 M.** 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf. Pferde mit 70 Pf. des angezeigten Wertes sofort verkäuflich gegen

**Baar-Geld.** 6039 Gewinne Gesamt-wert Mark

**100000**  
**1 M. 10000**  
**1 M. 6000**  
**1 M. 5000**  
**1 M. 4000**

**2 M. 3000 = 6000**  
**5 M. 2000 = 10000**  
**6 M. 1500 = 9000**  
**2 M. 1000 = 2000**  
**6000 u. 15, 10 44000**  
**20 Fahrräder = 4000**

Berliner Lose versendet: General-Debit **Lud. Müller & Co.** Berlin, Breitestr. 5. Gluckauf!

**Dr. Simmel,** Prinzen Str. 41, Oberarzt für 70113\* **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

# Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei **BERLIN SO., Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6, am Kottbuser Thor.**

# Kleine Anzeigen.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*

**Vermietungen.** **Wohnungen.** **Schlafstellen.** **Mietsgesuche.** **Arbeitsmarkt.** **Stellengesuche.** **Stellenangebote.**

**Verkaufe.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*

**Verkaufe.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*

**Verkaufe.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*

**Verkaufe.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*

**Verkaufe.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkaufe.** Kleines Restaurations-Grundstück in Lichtberg ist fruchtbarste billig zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mark. Offerten postlagernd „Hermann“, Berlin C., Postamt 2.

**Wingschiffchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Admistr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Steppdecken** wegen Umzug billig. Kleiner, Oranienweg 5. 1924b\*

**Fahrräder, Teilzahlungen.** 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40.

**Frankfurter Allee 10,** am Ringbahnhof, Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, sofortige Lieferung, Volkst. genügt.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung, Postkarte, Breitholz, Rodenbergstraße 39. 169\*

**Nähmaschinen,** gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R\*

**Steppdecken** billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere. 173\*

**Alte (gefärbte) für Sofa-Rückenbänke,** Rindorf, Berlinerstraße 10/11, Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

**Anzugreihe 8,00, Dofenreihe 8,00, Kleiderhandlung, Lichtbergerstraße 9. 2178\***

**Hebergordinen,** zwei Fenster mit Stores 20,00, eleganten Teppich 15,00, zwei Steppdecken 11,00, Wäschschleife 9,00, Gardinen, gutes Bett billig, Hoffmann, Rauminstraße 62. 2097b

**Panelgarnitur, Koffner, Panelle,** mit meterhohem Spiegel 45,00, Hebergordinen, Perleppich 5,00, Stühle 2,75, Säulenstühle, Bettstellen, sofort spottbillig, Partiel, Friedrichstraße 113 II. 116/15

**Quadratrate** festes Holz, verkauft Jedemrecht, Lehnstraße 1. 75/8

**Willa mit Zuhaten,** 90 Mark, verkauft Schreinerstraße 9. 116/16\*

**Wahlrecht** mit Bierapparat und Repofitorium billig verkauft, Remse, Gartenstraße 73. 195

**Kaube, große Rumpfe, Obst- und Ziersträucher, wilder Wein, Gartengeräte** billig verkauft, Schulze, Müllerstraße 39. 195

**Besteres, langjähriges, gutgebendes Obst, Gemüse, Materialgeschäft, gute Systeme, Betten, keine Rabatmarken, billige Kleide, umständlicher billig verständig, H. Postamt 20. 2060b**

**Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Regulatoren, Remontiermaschinen, Möbeln** spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 75/2\*



Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung, Donnerstag, 25. Februar 1904, 11 Uhr. Am Ministertische: Justizminister v. Schönstedt.

Die Beratung des Justizetats wird fortgesetzt. Abg. Kalkewitz (Lins.): Herr Friedberg hat bei der ersten Beratung des Etats dem Ersten Staatsanwalt in Köln einen schweren Vorwurf daraus gemacht, daß er nicht zu Gunsten des früheren Abg. Dr. Barth gegen die Behauptung eingeschritten sei. Dr. Barth habe sich des Stimmenkaufs schuldig gemacht.

Justizminister Schönstedt: In dem Falle des Herrn Barth hat der Erste Staatsanwalt in Köln die Einleitung des öffentlichen Verfahrens abgelehnt, weil nach seiner Meinung ein öffentliches Interesse nicht vorlag. Auf die erhobene Beschwerde gab der Oberstaatsanwalt zu, daß ein öffentliches Interesse mit Rücksicht auf die Stellung des Herrn Barth vorliegen könnte; er wies aber die Beschwerde zurück, weil die etwaige Schuldigen durch § 193 des Strafgesetzbuchs geschützt seien, da sie sich im Verfolg berechtigter Interessen befunden hätten.

Abg. Felsafohn (fr. Bg.): Wie hätten gewöhnlich, daß das Verfahren gegen Herrn Barth noch nicht abgeschlossen ist — der Weg der Privatklage steht ja noch offen — Herr Kalkewitz jetzt diese Sache nicht zur Sprache gebracht hätte. Das im übrigen das Flugblatt beleidigender Natur ist, ist zweifellos. Es ist überflüssig: „Eine gemeine That“.

Abg. Cassel (fr. Bp.): Das Flugblatt ist doch nicht so harmlos, wie Herr Kalkewitz es hinzufügen beliebt. Es ist ja erklärlich, daß er, dem das Manöver bei der Wahl zu gute gekommen ist, die Sache anders ansieht, als der gänzlich Unbeteiligte. Daß der Inhalt beleidigend ist, ist ja von den verschiedensten Instanzen, auch nach den Erklärungen des Herrn Ministers, zugegeben worden.

Justizminister Schönstedt: Auf Einzelheiten der Reform der Strafprozess-Ordnung will ich heute nicht eingehen. Daß den Beschuldigten in der Voruntersuchung weitgehende Befugnisse eingeräumt werden als heute, ist wahrscheinlich. Der Herr Redner hat den Kalkewitz-Prozess berührt und besonders das Verhalten des Staatsanwalts Müller scharf kritisiert.

Abg. v. Jazdzewski (Pole): Auf den Kalkewitz-Prozess will ich nicht näher eingehen, da ich selbst als Zeuge beteiligt war. Mit den Ausführungen des Herrn Cassel über diesen Prozess bin ich durchaus einverstanden. Ich will nur betonen, daß die Äußerung des Staatsanwalts Müller in Bezug auf das Institut der Beichte die Gefühle der katholischen Bevölkerung schwer verletzt hat.

dieser abgemilderten Form haben die Äußerungen aber einen Charakter behalten, der nicht zu billigen war. Das ist ihm von seinem nächsten Vorgesetzten, dem Ersten Staatsanwalt beim Landgericht I sofort nach der Verhandlung eröffnet worden.

Präsident v. Kröcher: Der Fall Köhning gehört doch nicht zum Justiz-Etat.

Abg. Rizerki (fortfahrend): Das heutige System der Polenpolitik führt dazu, politische Skandale zu züchten. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Justizminister Schönstedt: Ich halte es für eine Pflicht jedes Staatsbeamten in den polnischen Provinzen, sich an der Bekämpfung der polnisch nationalen Bewegung zu beteiligen und sich auch bei den Wahlen nicht abseits zu halten. (Bravo! rechts.) Die Verfügung über die Einlagen von Beamten in den polnischen Volksbanken beruht auf einem Beschluß des Gesamtministeriums.

Abg. v. Jazdzewski (Pole): Auf den Kalkewitz-Prozess will ich nicht näher eingehen, da ich selbst als Zeuge beteiligt war. Mit den Ausführungen des Herrn Cassel über diesen Prozess bin ich durchaus einverstanden.

Minister Schönstedt: Dem Staatsanwalt Müller hat es durchaus fern gelegen, ein Sakrament der katholischen Kirche anzugreifen, seine Bemerkung richtete sich lediglich gegen gewisse Zeugen, die sich auf Grund der Verhandlung als unzuverlässig erwiesen hatten.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich bedauere, nicht ein Jota von meinen Ausführungen bei der ersten Lesung des Etats zurückerhalten zu können. Harmlos kam die Sache keinesfalls gewesen sein, denn das Flugblatt verfolgte den Zweck, die freisinnige Partei zu diskreditieren. (Sehr richtig! links.)

Justizminister Schönstedt: Ich muß bestreiten, daß mein Vorschlag der Verlegung der Verantwortung, ich habe ihn getan, weil ich die Berufung an das Ober-Landgericht für den gesetzlich vorgeschriebenen Weg halte.

Weiterberatung: Freitag 12 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Kandidatur des Genossen Wöhre im 20. sächsischen Wahlkreis wird in der Parteipresse lebhaft erörtert und mit wenigen Ausnahmen ungünstig beurteilt.

Der Austritt des Herrn v. Opper-Kapstadt aus der sozialdemokratischen Partei dient den Scharfmacherblättern fortgesetzt als Anlaß, sich vor der Öffentlichkeit zu blamieren, indem sie an diese ganz bedeutungslose Thatsache längere Betrachtungen über die „Korruption“ innerhalb unserer Partei anknüpfen.

44te General-Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter etc. Deutschlands in Hamburg.

Hamburg, 24. Februar 1904. (Mittwochs-Sitzung.) Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Agitation“, referierte der Verbandsvorsitzende Döring. Er schildert ausführlich die Schwierigkeiten der mündlichen Agitation, wobei alle eigenartigen örtlichen und beruflichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

die nur zu häufig von denen des nächstgelegenen Hafens grundverschieben sind. Dadurch, in Verbindung mit den teilweise sehr weiten Entfernungen, die speziell an der Ostküste in Betracht kommen, erhöht sich die Kosten für die mündliche Agitation ganz bedeutend. Weiter kommt noch das Moment in Betracht, daß der Propheet nichts in seinem Vaterlande gilt und daher auswärtige Referenten größere Erfolge zu verzeichnen haben als ortsanfässige Kollegen.

Nachmittags findet keine Sitzung, sondern eine Hafentourfahrt statt.

Gewerkchaftliches.

Breslauer Justiz. Zwei „schußbedürftige Arbeitwillige“ standen am Mittwoch wieder als Zeugen vor der Breslauer Strafkammer. Es handelte sich um dieselben Gebrüder Kühn, auf deren Aussagen hin der Maurer Machate auf 1 1/2 Jahre ins Gefängnis kam, und nun zeigten sie wider den vom Militär vorläufig entlassenen „Terroristen“ Neumann, der das Brüderpaar gleich Machate beschimpft, bedroht und auf die Füße getreten haben sollte.





